



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 5. März 2018**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

21. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr.
Ende der Sitzung: 19.40 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 20. Sitzung des Gemeinderates vom 29.01.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

An w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila

Mag. Georg Parzmayr

Egon Schatzmann

Ingo Spindler

Sandra Wohlschlager

DI. Gunter Haydinger

Mark Paulusberger

Ralph Schäfer

Olivera Stojanovic, BSc

Christiane Kroiß

Elke Ruetz

Georg Taitl

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Ernst Kirchmayr

Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert

Laurien Janina Scheinecker

Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer

Karl Schönberger

Christian Kittenbaumer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Sybille Prähofer

Stefan Haböck

Markus Wiesinger

Augustine Hacker

Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Peter Sönser

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaler

Helga Rosenberger

Entschuldigt:

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger

GR. Ronald Schiefermayr

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22.02.2018 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage

Anfrage von GR. Laurien Scheinecker gemäß § 10 GOGR an StR. Margarete Josseck-Herdts betreffend Nachmittagsbetreuung in Kindergärten und Krabbelstuben in der Stadt Wels

Verf-015-W-3-2017

Bgm. Dr. Rabl: GR. Scheinecker hat folgende Anfrage an StR. Josseck-Herdts gerichtet:

Sehr geehrte Frau StR. Josseck-Herdts!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Wie ist der aktuelle Stand bei der Nachmittagsbetreuung? Wie viele Kinder wurden abgemeldet?
2. Wie wurden die Prozentzahlen ermittelt, die Sie gegenüber der Presse bekanntgegeben haben (25 % weichen auf Großeltern aus, 10 % Abmeldungen aus finanziellen Gründen [...]) und wie sehen die Begründungen genau aus?
3. Wurden Eltern, die ihre Kinder aus finanziellen Gründen abgemeldet haben, über die Möglichkeit der Beitragsbefreiung informiert?
4. Gibt es bereits ein internes Prozedere für Härtefälle? Wie sieht dieses aus?
5. Warum gibt es Fälle, wo Kinder nur beim Mittagessen nicht teilnehmen, danach aber wieder in die Nachmittagsbetreuung gehen?
6. Haben Eltern, die nicht berufstätig sind, jetzt Anspruch auf Nachmittagsbetreuung, wenn sie dafür zahlen? Dürfen deren Kinder auch dort Mittagessen?
7. Wer führt die Evaluierung der Nachmittagsbetreuung durch?
 - a) Wann ist diese terminisiert?
 - b) Nach welchen Kriterien wird evaluiert (Personal, Auslastung, Budgetverantwortung, Abwicklung mit Eltern)?
 - c) Was muss in der Evaluierung herauskommen, sodass die Kulanzzzeit und die kostenfreien Nachmittagsgruppen weiter geführt werden?
8. Wie wird die Nachmittagsbetreuung zwischen 16 und 18 Uhr angenommen?
9. Wird der Spätdienst von 17-18 Uhr an allen Standorten (außer Herminenhof) aufrechterhalten werden können, trotz der wegfallenden Sonderförderung?

10. Ändert sich aufgrund der Nachmittagsbetreuung der Tagesablauf in den Kindergärten und Krabbelstuben?
 - a) Wird früher gegessen?
 - b) Wann wird geschlafen?
 - c) Wie lange können Krabbelstubenkinder/Kindergärtenkinder schlafen – werden sie um eine bestimmte Uhrzeit aufgeweckt?
 - d) Wieviel Freispiel-Zeit ist am Vormittag noch möglich?
 - e) Wieviel Freispiel-Zeit verbringen Sprachförderkinder in der Regelgruppe?
11. Wie viele Kinder sind momentan in der Sprachförderung?
 - a) Wie viele der Kinder, die jetzt abgemeldet wurden, haben Deutsch als Zweitsprache?
 - b) Wie viele davon waren bis Dezember 2017 in der Nachmittagsbetreuung?
 - c) Wie viele Kinder aus der Sprachförderung sind jetzt in der Nachmittagsbetreuung?
12. Medial wurde ja von Ihnen angekündigt, dass vor allem ältere PädagogInnen und HelferInnen über Stundenkürzungen froh seien – Wie wird dort der Einkommensverlust ausgeglichen?
 - a) Werden den Betroffenen Modelle von Altersteilzeit nahegelegt und werden sie ausreichend über negative Auswirkungen auf ihre Pensionszahlungen informiert?
 - b) Wie viele PädagogInnen und HelferInnen haben derzeit eine Vollzeit-Beschäftigung? Wie viele davon müssen reduziert werden?
13. Wie wirken sich die Abmeldungen in der Nachmittagsbetreuung auf den Personalstand aus? Wie sah dieser im Juli 2017, im Oktober 2017 und im Februar 2018 im Vergleich aus?
14. Wie verteilen sich die Abmeldungen auf die einzelnen Kindergärten bzw. welche Kindergärten sind am meisten, welche am wenigsten von Abmeldungen betroffen?
15. Gibt es Anfragen bezüglich Aufnahme von Kindern aus anderen Gemeinden?
 - a) Haben wir Platz für diese Kinder?
 - b) Wie funktioniert die Kooperation gemeindeübergreifend?

Bgm. Dr. Rabl: Aufgrund des großen Umfangs der Anfrage wird diese von Frau StR. Josseck-Herdt in der nächsten Sitzung des Gemeinderates mündlich beantwortet. Die Beamten sind mit den Neuerungen im Kindergartenbereich durchaus ausgelastet und im nächsten Gemeinderat können wir dann wesentlich präzisere Antworten dazu geben.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Integratives Schulzentrum Dr. Schärf-Schule
(ISZ Wels-Stadt), Resolution
Verf-015-I-12-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Integratives Schulzentrum Dr. Schärf-Schule (ISZ Wels-Stadt) vom 18.12.2017 teilt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Folgendes mit:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Rabl!

Das BMBWF dankt für die Übermittlung der Resolution zur Weiterführung der Volksschulklassen am ISZ Wels Stadt und nimmt diese zur Kenntnis. Es darf angemerkt werden, dass mit dem Bildungsreformpaket 2017 auch eine Bereinigung aller bestehenden Schulversuche einhergeht. Zurzeit wird seitens der zuständigen Fachabteilung des BMBWF geprüft, welche Schulversuche auf Basis bundesweiter Evaluationsergebnisse in das Regelschulsystem übernommen werden sollen bzw. im Rahmen autonomer Entscheidungen an den Schulen oder in den Bildungsdirektionen ermöglicht werden und welche entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eingestellt werden.

Weiters teilte der amtsführende Präsident des Landesschulrates für Oberösterreich, Fritz Enzenhofer, zum genannten Dringlichkeitsantrag Folgendes mit:

Ich komme zurück auf den Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Integratives Schulzentrum Dr. Schärf-Schule (ISZ Wels-Stadt), Resolution Verf-015-I-12-2017.

Rund um die Diskussion um die Schließung von Integrationsklassen an sonderpädagogischen Einrichtungen möchte ich festhalten, dass wir in Oberösterreich am Modell der Reintegration weiterhin festhalten werden, weil sich das Modell über viele Jahre bestens bewährt hat.

Mir geht es in dieser Frage um die Pädagogik und ein Agieren im Sinne der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Auch wenn es in den Schulen noch die eine oder andere Unklarheit gibt, wird der Landesschulrat für Oberösterreich diese Frage im Sinne der Schüler lösen.

Die organisatorisch rechtliche Umsetzung darf die Kinder nicht betreffen und wird direkt zwischen Landesschulrat und Ministerium vorbereitet.

Mein Ziel ist es, dass die derzeitigen und künftigen Schülerinnen und Schüler weiterhin Integrationsklassen an sonderpädagogischen Einrichtungen besuchen können.

Bgm. Dr. Rabl: Wir kommen jetzt zur Aktuellen Stunde. Es wurde dazu sowohl von der SPÖ-Fraktion als auch von der FPÖ-Fraktion einen Antrag eingebracht. Nachdem die FPÖ-Fraktion schon eine Aktuelle Stunde hatte, wird diese Aktuelle Stunde von der SPÖ-Fraktion abgehalten.

Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Integration in Wels“ bekanntgegeben.

GR. Mag. Simunovic: Es gibt kaum ein gesellschaftliches Thema, das die Emotionen der Welser Bevölkerung mehr bewegt, am Stammtisch mehr diskutiert wird, in allen

gesellschaftlichen Foren so präsent ist und für mehr Missverständnisse und Streitigkeiten sorgt als das Thema Integration.

Nachdem die Stadt Wels die Donau Universität Krems mit der Ausarbeitung einer Integrationsstudie beauftragt hat und diese Studie den Medien - allerdings dem Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss noch nicht - präsentiert wurde, frage ich mich, warum so ein wichtiges Thema von den Volksvertretern im Gemeinderat gemieden wird.

Ich besuchte die professionell eingerichtete Homepage der Stadt Wels und stellte fest, dass diesem Thema ganze 31 Zeilen gewidmet sind. Die dafür im Budget vorgesehenen Mittel reichen gerade für eine etwas größere Veranstaltung. Dann sagt man Integration ist so wichtig.

Die Welser Integrationsstudie besagt: In unserer Stadt haben 23,2 % der Stadtbewohner keine österreichische Staatsbürgerschaft und der Anteil der Personen, die im Ausland geboren wurden und jetzt in Wels wohnen, beträgt 29 %. Der Statistik Austria zufolge lag der Anteil der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache an den Welser Volksschulen im Schuljahr 2015/2016 bei 64 %. Das heißt, eines dieser Kinder wird möglicherweise der zukünftige Bürgermeister oder die zukünftige Bürgermeisterin der Stadt Wels sein.

Es darf uns nicht egal sein, welche Beziehungen zu der Stadt Wels, zu Österreich, zu Europa und zur Welt diese Kinder entwickeln. Es kann uns nicht egal sein, welche Weltanschauung diese Kinder haben werden. Die Stadt Wels betrieb immer eine sonderbare Integrationspolitik. Die Wirtschaft brauchte die Menschen, die Politik ermöglichte ihr Kommen und kaum jemand kümmerte sich wirklich um sie. Man hat immer das Gefühl, dass es sich um viele Missverständnisse handelt. Gastarbeiter glaubten in den ersten Jahrzehnten, sie kehren zurück in die Heimat. Die Gastgeber meinten das Gleiche - es kam trotzdem ganz anders. Sie blieben in der zweiten Heimat, manche in Österreich ohne Heimatgefühl.

Wie sieht die Integrationspolitik der Stadt Wels heute aus? Wie sieht die zukünftige Politik des Zusammenlebens aus? Man hat das Gefühl die heutige Integrationspolitik reduziert sich nur auf die Sprache und Strafe. Viele wiederholen unermüdlich und oft unreflektiert ich muss die Sprache lernen und merke gar nicht, dass eine überwältigende Mehrheit der Migranten keine Probleme mit dem Lernen der Sprache hat. Die Menschen brauchen Zeit und Möglichkeiten. Muss als Erwachsener eine Fremdsprache erlernt werden, dann ist das nicht so leicht. Es ist aber kaum ein Ausländer nach Wels gekommen um Deutsch zu lernen, sondern um zu arbeiten oder um sein Leben zu retten - das ist doppelt schwer.

Wie die Sprach- und Wissensvermittlung in der Familie und in der Gesellschaft stattfindet hat die Studie unmissverständlich festgestellt. Der Entwicklungsverlauf der Kinder und Jugendlichen entscheidet sich vorrangig nach dem sozialen Hintergrund der Eltern. Soll sichergestellt werden, dass alle Kinder unabhängig vom sozioökologischem Status der Eltern und deren Bildungsgrad annähernd gleiche Bildungschancen haben, muss der Staat Bedingungen schaffen, die derzeit eher in den nördlichen Ländern Europas vorzufinden sind. „The job of the school is to teach so well, that family background is no longer an issue“, meinte Martin Luther King noch im Jahre 1967.

Als die Entwicklung eines Integrationskonzeptes offiziell angedacht wurde, war die Teilnahme der Polizei gesichert. Warum ist das bei den anderen Entwicklungskonzepten, wie Stadtentwicklung, Magistratsreform, Bildungsreform usw. nicht so? Dort werden Experten eingeladen und mit den Aufgaben betraut. Und das ist richtig so. Ich schätze die Polizeiarbeit und weiß, dass sie mehr als genug zu tun haben. Auch die Polizei braucht Hilfe und Klarheit bei diesem Thema. Ich weiß aber auch, jeder Polizist ist ein Integrationsexperte.

Noch vor einem Jahr bezeichnete Bundeskanzler Sebastian Kurz das Integrationsjahr als notwendigen Schritt. Jetzt will er die vorgesehenen Mittel um die Hälfte kürzen. Worum geht es hier? Brauchen wir Probleme bei der Integration, um dieses Thema bespielen zu können? Die Hassroute der Menschen ist schwieriger zu schließen als die Balkanroute bei den Flüchtlingen. Mehr Integration mit weniger Mittel und weniger Engagement kann und wird es nicht geben. Ein Umdenken ist das Gebot der Stunde. Ich würde mich gerne für eine neue Integrationspolitik einsetzen. Eine Politik, die auf Fakten basiert und für eine gerechtere und bessere Gesellschaft arbeitet. Wir sollten wissen was unter dem Begriff Integration zu verstehen ist. Wir müssen uns trauen über Religion und Religionsfreiheit zu diskutieren und zu rebellieren. Instrumentalisierung darf keinen Platz haben.

Ich bin davon fest überzeugt, dass ein Einwanderungsland die Bedingungen des Zusammenlebens definieren darf und soll. Welches bei aller Vielfalt und Pluralität auch einen festen Unter- oder Überbau benötigt, wie Loyalität zu Österreich, Einhaltung der staatlichen Ordnung, Gleichheit von Mann und Frau, religiöser Pluralismus und die Trennung von Staat und Kirche.

Ich appelliere an alle Verantwortlichen, dass dieses wichtige Thema ernsthaft behandelt und über parteipolitisches Geplänkel gestellt wird. Die aktuelle Politik sorgt mehr dafür, dass sämtliche Vereine aus allen Nähten platzen und in Wels geborene Kinder kein Heimatgefühl entwickeln. Aufgabe der Integrationspolitik ist für ein koordiniertes Zusammenwirken der Einrichtungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik zu sorgen und ein „Wir-Welser-Gefühl“ zu entwickeln.

GR. Haböck: Diese Aktuelle Stunde kam auf Grund der vor kurzem präsentierten Integrationsstudie zustande. Wer glaubte das Thema zu versachlichen, indem er diese Studie - bevor sie dem zuständigen Ausschuss zur Verfügung gestellt wurde - an die Medien weitergab, um eventuell dem Referenten, dem politischen Gegner zu schaden, der irrte sich. Es führte höchstens zu Verunsicherung, Fakten kamen nicht sofort auf den Tisch und es wurde im Hintergrund spekuliert, wo es eine undichte Stelle geben könnte. Wenn ich als Ausschussmitglied etwas aus der Zeitung erfahre, bin ich nicht sehr glücklich darüber. Jetzt bin ich froh diese Studie bekommen zu haben.

Bei der Studie selber und bei diesem Thema möchte ich mich auf einen Punkt konzentrieren, weil dieser in einer globalen Welt, in einer vernetzten Wirtschaft und einer vernetzten Forschungs- und Bildungsgesellschaft der zentrale Punkt sein wird, der in Zukunft den Unterschied in der Gesellschaft ausmachen wird. Das ist nicht so sehr das Einkommen und der Status, sondern ganz klar das Thema Bildung. Die Studie bietet eine breite Palette an interessanten Zahlen und Fakten. Aus politischer Sicht bringen diese aber wenig neue Erkenntnisse, denn die meisten angesprochenen Probleme oder Sachlagen sind Politikern, die sich mit dieser Thematik schon länger befassen, den Direktoren, den Pädagogen und den Eltern von schulpflichtigen Kindern schon lange

bekannt. Insofern macht es aber nichts, dass wir dieses Thema auch auf Basis einer wissenschaftlichen Studie diskutieren.

In dieser Studie wurde die Frage nach dem Hintergrund, welche Schüler tun sich leichter oder schwerer in der Schule, aufgeworfen. Dabei kommt der ökonomische oder der soziale Hintergrund der jeweiligen Familie zur Sprache. Entscheidender ist aber die Einstellung des Elternhauses gegenüber der Bildung. Diese Einstellung sollte unabhängig des sozialen Statutes oder der finanziellen Lage vorhanden sein. Das Engagement der Eltern wurde in dieser Studie durchaus kritisch beleuchtet.

Ich hatte Glück, denn meine Eltern engagierten sich, gingen mit mir in die Bücherei und ich las sehr viele Bücher. Dadurch hatte ich einen leichten Zugang zur Bildung, zum Lesen und zur Sprache. Das ist sicher nicht in allen Familien der Fall und sicher nicht Standard in unserer Gesellschaft. Warum hat der Zugang zur Bildung oder das Erlernen von Wissen für Eltern nicht den großen Stellenwert? Einerseits sind das kulturelle, religiöse, traditionelle Hintergründe, aber andererseits sind viele Eltern – vor allem Frauen – der deutschen Sprache nicht mächtig. Diesen Punkt verstehe ich, möchte ich aber nicht gelten lassen. Aufgrund dieses Mankos können oder wollen sie kein Interesse am Bildungsweg ihrer Kinder zeigen und daran teilhaben.

Ist man in einem fremden Land, auch wenn man schon länger hier wohnt, der Sprache nicht mächtig und unsicher, sind Barrieren aufgebaut. Ich lasse das aber trotzdem nicht gelten. Bei allen Versäumnissen, die in Österreich in der Integrationspolitik gemacht wurden, gibt es umfangreiche Angebote an Sprachkursen (auch von der Stadt Wels und Bildungseinrichtungen). Zu sagen, ich bin seit fünfzehn, zwanzig Jahren hier, kann die Sprache nicht und deshalb kann ich mich in der Schulgemeinschaft nicht engagieren, können wir als ÖVP-Fraktion wirklich nicht gelten lassen.

Der zweite Punkt ist ein gesellschaftliches Problem, welches wir als Stadt natürlich nicht alleine lösen können. Welchen Wert hat Bildung allgemein in unserer Gesellschaft und vor allem welchen Wert haben die Schulen? Laut Gesprächen mit engagierten Pädagogen ist es oft so, dass für einige Eltern es schon angenehm ist, dass ihre Kinder dort nicht nur Bildung erfahren, sondern die einzige Erziehung in ihrem Leben. Das beste Schulsystem der Welt bringt nichts, wenn die Kinder nach Hause kommen und dort nicht erfahren, welchen Wert das Gelernte in der Schule für den Alltag und für die berufliche Ausbildung hat. Hier sind die Eltern viel mehr von der Gesellschaft in die Pflicht zu nehmen, dass Bildung der höchst Wert ist, den sie ihren Kindern vermitteln können. Denn ohne Bildung gibt es keine gute Ausbildung und ohne Ausbildung keine Unabhängigkeit.

Wir wollen nicht, dass unsere Kinder in Zukunft abhängig sind vom gut ausgebauten Sozialstaat Österreich, weil sie selber nicht auf eigenen Beinen stehen können, da ihnen der Wert von Bildung und Ausbildung nicht ordentlich zu Hause vermittelt wurde. Wenn bei allen vorhandenen Problemen in den Schulen das Elternhaus nicht funktioniert, sind die Hürden umso größer. Ich war erstaunt über die Aussage in der Zeitung, dass das Engagement der Eltern mit Gutscheinen „versüßt“ werden sollte. Wenn wir so weit sind, dass wir den Wert der Bildung in Einkaufsgutscheinen bemessen, dann haben wir alle als Gesellschaft versagt und ein riesengroßes Problem. Davor warne ich hier eindringlich.

Positiv möchte ich anmerken, dass die Stadt Wels ein breites Angebot zur Verfügung stellt, wie Volkshochschule und städtische Angebote. Die Unternehmen machen

Mitarbeiterschulungen und versuchen die Familienmitglieder einzubinden. Die immer wichtiger werdende Kinderbetreuung wird zum Glück emotional diskutiert, weil uns alle die Ausbildung und die beste Kinderbetreuung immer ein Anliegen ist. Aber allein mit Workshops kann es nicht getan sein. Nur guter Wille alleine ist zu wenig und deshalb müssen unter dem Motto „fördern und fordern“ Grenzen gegenüber den Kindern und vor allem gegenüber den Eltern gezogen werden. Es muss bei einer absichtlichen Verweigerung der Bildung, der Schulpflicht und des Engagements, die die Kinder fördern, klare Konsequenzen geben. Wir als Politiker und die Gesellschaft müssen die Grenze festlegen, wenn Kinder eine Woche vor den Ferien aus der Schule genommen werden um in Urlaub zu fliegen, obwohl es eine finanzielle Leistung der Stadt Wels gibt und diese nicht kontrolliert wird. Wenn die Eltern kein Engagement zeigen bei Problemen ihrer Kinder in der Schule, dann müssen wir uns als Stadt Konsequenzen überlegen. Eine Konsequenz wäre die Streichung oder die Rückhaltung der freiwilligen Sozialleistung für alle, die sich der Bildung und dem Engagement im Bildungsbereich verweigern.

Bgm. Dr. Rabl: Ich ersuche zum Ende zu kommen, ihre Redezeit ist erschöpft.

GR. Haböck: Wir als ÖVP-Fraktion sehen dieses schwierige Thema relativ einfach. Es braucht seitens der Stadt und der Gesellschaft volle Unterstützung für die engagierten Pädagogen in den Schulen, für die lernwilligen Kinder, egal welcher Herkunft, und für die engagierten Eltern, die den Wert von Bildung wissen und dies auch weitergeben. Wenn wir diese Personen unterstützen, dann wird unser Sozialstaat, unser Forschungsstandort, die Wirtschaft finanzierbar und die Kulturnation Österreich weiter bestehen.

Bgm. Dr. Rabl: Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Redezeit für Stadträte bei 5 Minuten und für die Fraktionserklärungen bei 10 Minuten liegt.

StR. Josseck-Herdt: Kollege Haböck hat das Thema von Seiten der Schulen beleuchtet. Ich möchte als Kindergartenreferentin das aus meiner Sicht auf die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels lenken. Nicht erst seit wir die Studie der Donauuniversität in Händen halten wissen wir, wie wichtig es ist, wenn die Kinder bei Eintritt in die Volksschule die deutsche Sprache beherrschen. Nur mit dieser Fertigkeit können sie dann dem Unterricht folgen und den weiteren Bildungsweg bzw. einen erfolgreichen Berufsweg bestreiten. Das wichtigste ist die deutsche Sprache bei Eintritt in die Volksschule zu beherrschen. Deshalb sind wir in den Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wels gefordert. Das machen wir auch sehr gewissenhaft und haben die im Jahre 2012 eingeführte Sprachförderung auf neue Beine gestellt.

Damals wurde unter Begleitung eines Institutes die Sprachförderung in der Gruppe eingeführt. Es wurden Kinder mit oder ohne Deutschkenntnisse in der Gruppe gefördert. Wir haben uns darauf verlassen, dass die Kinder sich in einem Sprachbad befinden, indem sie durch Kontakt mit anderen Kindern die Sprache spielerisch lernen. Das erwies sich als nicht mehr zielführend, denn es ist in unseren städtischen Kindergärten Tatsache, dass nur mehr in drei von zwölf Betrieben Kinder mit unter 50 % Sprachförderbedarf unterrichtet werden. Alle anderen Kinder haben in den verbleibenden neun städtischen Einrichtungen einen Sprachförderbedarf von 64 bis 94 %. Das ist sehr viel, deshalb werden jetzt durch Sprachpädagoginnen gezielt, je nach Sprachstand und Sprachkompetenz, die Kinder in kleinen oder größeren Gruppen oder auch einzeln in die deutsche Sprache einweisen. Das geschieht spielerisch, mit sehr viel Material,

Engagement und Bewegung in kindgerechter Weise. Dazu werden Verlaufsprotokolle geführt.

Den Kindern werden Übungsmaterialien mit nach Hause gegeben, damit sie das Erlernte spielerisch zu Hause weiterüben können. Dabei ist die Mitarbeit der Eltern sehr wichtig. Aber diese Mitarbeit wird nicht von allen Eltern als notwendig erachtet. Sie wird von uns vehement eingefordert. Es gibt Elternabende, an denen auf die Teilnahme geachtet wird. Es ist manchen Müttern leider nicht möglich sich einzubringen, weil die Mütter nicht einmal in ihrer eigenen Muttersprache lesen und schreiben können, geschweige denn der deutschen Sprache mächtig sind. Das bedeutet eine sehr große Herausforderung an das pädagogische Personal und deshalb intensivieren wir mit Hilfe einer namhaften Linguistin die Ausbildung der Sprachförderpädagoginnen mittels Seminaren. Wir wollen unsere Sprachpädagoginnen auf den letzten Stand bringen. Ich halte es fast nicht aus, wenn ich in einem Kindergarten Kinder sehe, die sich nicht mitteilen können, sich abkapseln und sich selbst zurücknehmen, weil sie sich nicht verstanden fühlen. Deshalb ist sehr wichtig Helferinnen mit Muttersprache der Kinder zu haben, damit die Kinder in der ersten Zeit ihre Sprachbarrieren überbrücken können.

Diese geplanten Workshops sind sehr wichtig, sind der erste Schritt in die richtige Richtung. Es gibt bereits eine Steigerung der Besucherzahlen, wir wollen viel mehr Eltern überzeugen und müssen noch viel mehr mit den Eltern arbeiten. In diesem Zusammenhang möchte ich allen Pädagogen noch sehr herzlich danken, denn diese leisten eine großartige und wichtige Arbeit.

GR. MMag. Rumersdorfer: In der letzten Fassung des Integrationsleitbildes aus dem Jahr 2012 steht: „Integration ist das, was wir daraus machen.“ Es geht darum präventiv darauf zu schauen, dass Integration stattfinden kann und wir nicht im Nachhinein „Feuerwehr spielen, wenn es brennt“. Das heißt Ursachen zu bekämpfen und dann die Symptome möglichst gut zu bearbeiten und nicht versuchen sie zu kaschieren. Kindergarten- und Schulpädagoginnen brauchen bestmögliche Unterstützung, doch wir sind auch als Stadt gefordert Rahmenbedingungen zu schaffen, die Integration bestmöglich gewährleisten und ermöglichen.

Wir müssen als Stadt beginnen eine andere Wohnpolitik zu betreiben. Denn, wenn wir weiterhin alle Menschen ohne österreichischen Pass in der Noitzmühle, in Lichtenegg, Neustadt oder Pernau unterbringen, wird das Problem nicht gelöst. Wir müssen als Stadt Begegnungsbereiche schaffen. Wie soll das funktionieren, wenn sie keine Nachbarn sind, sich nicht im Kindergarten, in Schulen und Spielplätzen begegnen und kennenlernen können? In diesen Brennpunktstadtvierteln ist die Infrastruktur oft unausgebaut. Das heißt, Spielplätze sind nicht zu benutzen oder das Gras wächst 1 m hoch. Es gibt keine Bereiche mehr sich kennenzulernen oder sich zu begegnen.

Wir forderten sehr oft den Ausbau der Schulen und der Nachmittagsbetreuung. Auch im Integrationsbericht ist ersichtlich, dass sehr viele Eltern eine Betreuung am Nachmittag fordern, damit dort die Hausübung gemacht werden kann, weil sie es zu Hause nicht schaffen. Es ist nicht so, dass ihnen ihre Kinder egal sind, weil sie nicht gut genug Deutsch sprechen. Sondern es fehlt an Rahmenbedingungen, um diesen Kindern eine Chancengleichheit zu ermöglichen.

Wenn unser Bücherbus nächstes Jahr wieder in Betrieb gehen würde, hätten wir in den Stadtteilen auch wieder die Möglichkeit die Kinder mit Bücher zu versorgen, weil der Besuch der Bücherei vielleicht zu niederschwellig gegenüber dem Bücherbus ist, der in der Siedlung stehen bleibt.

Bezüglich Elternarbeit und Mütter, die nicht Deutsch können, bin ich sehr dafür, dass die Stadt versucht Angebote mit Kinderbetreuung zu schaffen, um möglichst niederschwellig diese Mütter zum Besuch eines Deutschkurses zu motivieren.

Meiner Meinung nach ist die Stadt Wels und wir als Verantwortungsträger dafür verantwortlich, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, um die Integration möglich zu machen und nicht im Nachhinein zu sehen, wo es „brennt“ und irgendwie versuchen die Probleme zu lösen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte mich bei Herrn GR. Mag. Simunovic sehr herzlich für die Einbringung dieser Aktuellen Stunden bedanken. Er hat dieses wichtige Thema – welches uns mehr beschäftigen sollte - in sehr unaufgeregter Form vorgetragen. Es wurden dabei die Rahmenbedingungen der Stadt Wels, die Kennzahlen mit Migrationshintergrund, die Kinder in den Volksschulen mit nicht deutscher Umgangssprache angeführt.

Es ist vollkommen richtig, es geht um Bildung. Der Unterschied zwischen der ersten, zweiten und dritten zugewanderten Generation ist, dass die gestellten Anforderungen der Menschen an die Gesellschaft sich mit dem vergleichen, wo ich lebe, wo ich geboren bin und nicht mit dem wo ich her komme. Dadurch ist erklärbar, warum gerade in der zweiten und dritten Generation öfter große Verwerfungen stattfinden.

Es wurde zu Recht über die Elternarbeit gesprochen und dass wir die Mütter und Väter animieren sollten ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Welche Bedeutung hat das für die Kinder? Laut Aussage von GR. Haböck kann die ÖVP-Fraktion das so nicht akzeptieren. Das hat mir sehr gefallen, nur es nicht zu akzeptieren hat keine Auswirkung. Laut Studie müssen wir Anreize schaffen. Der Anreiz durch Gutscheine mag überzogen sein. Ein Anreiz könnte sein, dass die Eltern, die oft aus einem bildungsfernen Land stammen, begreifen was es bedeutet, in Industrieländern in der Qualifikation und in der persönlichen Bildung „hinten nachzuhängen“.

Hier ist einiges zu tun und es wird auch einiges getan. Es gibt verbindende Elemente in Gruppen, in denen die Mütter im Beisein ihrer kleinen Kinder Deutsch lernen. Es läuft alles auf Bildung hinaus, d.h. was können wir als Stadt tun, um die Bildung zu unterstützen.

Wie von Frau StR. Josseck-Herdt bereits erwähnt, gehört dazu die Deutschförderung in den Elementareinrichtungen, wobei über das System immer diskutiert werden kann. Wir müssen schauen, dass die Zugangsbarrieren wegkommen. Solange es so ist, dass die Eltern ihre Kinder von der Nachmittagsbetreuung abmelden, weil sie Gebühren zahlen müssen, ist das ein Hinderungsgrund für die Kinder gut Deutsch zu lernen und bildungsmäßig integriert zu sein. Solange wir nicht den Vollausbau der Ganztageschulen in Wels haben, gibt es immer noch Kinder, die eine Ganztagesbetreuung benötigen, diese aber nicht bekommen. Solange wir Gebühren einheben, werden wir immer wieder Menschen aussieben, die auf der unteren Skala der

sozialen Rangordnung stehen. Das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

Bei der Budgetdebatte im Dezember sagte ich bereits, dass wir jetzt so tun können als würde uns das nichts angehen. Spätestens in 30 Jahren werden die Reparaturkosten ein Vielfaches der Kosten der derzeitigen Maßnahmen sein.

Aus der Studie geht ganz klar hervor, dass die Kosten der versagenden Integrationsarbeit später ein Vielfaches von dem jetzt Einzusetzenden sind. Wollen wir die Integrationsarbeit ernst nehmen, müssen wir uns ganz genau überlegen, wie wir Familien und Kinder in Bildungseinrichtungen integrieren können. In einer Stadt wie Wels mit vielen Kindern mit Migrationshintergrund müssen wir auch darüber nachdenken, was das für unsere Wirtschaft und die Fachkräfte bedeutet, wenn sie nicht über das entsprechende Bildungspotenzial und Qualifizierung für eine Berufsausbildung verfügen. Die Gesellschaft wird ein Vielfaches vom dem zurückbekommen, was sie für eine gelungene Integrationsarbeit einsetzt.

Vzbgm. Kroiß: Es wurde bereits sehr viel zum Thema Schule, Bildung und Kindergarten gesagt. Im Kindergarten werden bereits sehr viele Sprachpädagogen eingesetzt, damit Kinder im frühesten Alter die deutsche Sprache erlernen, denn ohne Deutsch keine gelungene Integration und keine Bildung. Je früher Kinder die deutsche Sprache lernen, umso erfolgreicher werden sie in den Volksschulen sein und desto früher werden sie nicht als außerordentliche Schüler eingestuft. Wir haben hier ein großes Problem, wenn ein Drittel der Volksschüler außerordentliche Schüler sind und dem Regelunterricht nicht folgen können.

Es stimmt, in den Budgetzahlen der Stadt Wels ist ein wesentlich geringerer Posten angeführt, weil wir es schaffen eine Förderung in Höhe von 180.000 Euro für Integrationsprojekte zu bekommen. Wir versuchen neben den Sprachpädagoginnen in den Kindergärten, dem Sprachunterricht in der Schule verschiedene Lernwerkstätten für Kinder in der Gartenstadt und in der Noitzmühle anzubieten. Hier werden „Vorlesen im Altersheim“, „Alphabetisierungskurse“ und vieles mehr durchgeführt, damit Kinder und Erwachsene die deutsche Sprache erlernen.

Das Fordern und Fördern ist der zentrale Punkt. Wie Kollege Haböck bereits anführt, wurde früher eine sonderbare Integrationspolitik gemacht. Früher wurde gar keine Integrationspolitik gemacht, weil die SPÖ-Fraktion viele Probleme viel zu lange ignorierte und zusah. Dadurch hat sie die jetzige Situation gefördert.

Wir haben noch ein weiteres Problem im Wohnumfeld. Derzeit erschweren drei Themen das Zusammenleben bzw. machen es sogar unmöglich. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der illegalen Müllentsorgung. Sie müssen sich vorstellen, es werden über das Wochenende komplette Wohnungen ausgeräumt und alles wird vor die Tür gestellt. Die Wohnungsgenossenschaft bzw. die Mieter müssen das dann bezahlen, denn es ist sehr schwierig den Verursacher zu finden. Ein weiteres Thema betrifft die Lärmbelästigung. Es wird um 22.00 Uhr mit dem Renovieren der Wohnung begonnen und um Mitternacht die Waschmaschine eingeschaltet.

Das dritte große Thema betrifft die Verunreinigung und das Verrichten der Notdurft oder unangenehme Gerüche in den Stiegenhäusern. Wird ein Hausbewohner von einem

Nachbarn darauf angesprochen, bekommen sie keine Antwort, eine flapsige Antwort oder das klassische „nix verstehen“.

Gerade dieses oft nur mangelhafte Beherrschen der deutschen Sprache wird als großes Problem empfunden. Bei jungen Menschen hat es oft den Anschein, dass sie deutsche Sprache können, aber diese wieder die Sprache ihres Herkunftslandes sprechen. Das kann eine bedenkliche Entwicklung sein.

Viele Mieter ignorieren einfach die Hausordnung, weil sie glauben sich an unsere Gepflogenheiten nicht halten zu müssen. Hier sind wir wieder beim Fordern und Fördern. Liebe Mieter, wir fördern und sie nehmen beim Einzug in eine Wohnung die Hausordnung zur Kenntnis. Wenn ihr das nicht macht, dann müssen wir es durchaus fordern hierfür keine Beihilfen mehr zu geben. Es ist nicht einzusehen, dass oft sehr wenige Menschen ein Zusammenwohnen unmöglich machen, weil sie sich nicht an diese Dinge halten.

Damit sind wir wieder bei diesem Fordern und Fördern. Das „Wir-Welser-Gefühl“, welches von dir, Mato, angesprochen wurde, lässt dann einfach zu wünschen übrig. Auch da müssen wir ansetzen. Über das Thema Bildung wurde schon sehr viel gesprochen. Aber das unmittelbare „Tür an Tür in der Nachbarschaft“ macht viele Menschen das Zusammenleben madig.

GR. Mag. Simunovic: Herr Vizebürgermeister, sollte das so rübergekommen sein als hätte ich gesagt, dass die Menschen keine Probleme mit der Sprache haben, so möchte ich das richtigstellen, weil ich es so nicht sagte. Ich meinte und meine mit „Sprache lernen wollen“ die überwiegende Mehrheit.

Vieles jetzt Angesprochene kann ich nur unterstreichen. Es stört mich zu sagen „wir haben alles richtig gemacht, die Vorgänger machten damals sonderbare Politik“. In den ersten Jahrzehnten wusste keiner, was das mit sich bringt. Ich warne vor Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung. Wir sollen uns viel mehr mit der Problematik auseinandersetzen und lösungsorientiert arbeiten. Das Wir-Welser-Gefühl ist die Voraussetzung nicht nur bei den Kindern, auch bei den Eltern ist einiges zu tun. Die Frage ist nur, wie wir zum Ziel kommen.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Übernahme der Dolmetscherkosten für Elterngespräche
in Welser Pflichtschulen
Verf-015-I-15-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit erfolgen, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Unterstützung sozial bedürftiger Personen mit einer
einmaligen außerordentlichen Beihilfe von mindestens € 50,--
Verf-015-I-16-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Da keine Wortmeldungen zur Dringlichkeit erfolgen, wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Vielen Dank. Die Dringlichkeitsanträge werden im Anschluss an die Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Förderung des sozialen Wohnbaues in Wels
Verf-015-I-13-2018

GR. Ganzert: Das Thema leistbares und soziales Wohnen ist ein großes Anliegen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und hat eine große Historie in der Stadt Wels. Ich denke an die zahlreichen Wohnungen im Eigentum der Stadt Wels, die auch mit deren Mitteln errichtet wurden, wie der Märzenkeller in der Gartenstadt, einzelne Sonderwohnbauprogramme und die vorhandenen Bestrebungen der Wohnbaugenossenschaften.

In unseren Augen ist das Thema sozialer Wohnbau eine soziale Verantwortung, die diese Stadt tragen muss. Der Gesetzgeber gibt uns hier nicht sehr viel Verantwortung, aber es gibt Dinge, wie die Sicherheit, die wir als Stadt sehr ernst nehmen. Bei Videokameras und Videoüberwachung fühlen wir uns zuständig, nehmen Geld in die Hand und wollen etwas erreichen.

Die SPÖ-Fraktion ist der Meinung, es gibt nicht nur das Thema Sicherheit sondern auch das Thema Wohnen, welches der Stadt Wels ein großes Anliegen und ein Bedürfnis der Welsener Bevölkerung ist. In unserer Begründung ist angeführt, dass laut einem Bericht aus den OÖN vom 10.02.2018 allein die Monatsmieten bis 60 m² in Wels zwischen den Jahren 2006 und 2016 um 18 % gestiegen sind. Es ist sehr dringend mehr leistbare Wohnungen in unserer Stadt zu ermöglichen. Für leistbares Wohnen hat die Sozialdemokratie schon ein Idealbild - dieses liegt bei einem Drittel des

Nettoeinkommens für die Bruttomiete, wobei das auf das Familieneinkommen umgerechnet wird.

Wir versuchten schon mehrmals hier Akzente zu setzen, wie den Verkauf der Sparkassenanteile. Hier stellten wir einen Abänderungsantrag, dass die Mittel, die bei der eww ag geparkt sind, für den sozialen Wohnbau verwendet werden sollen. Ein Vorschlag wäre unsere stadtteigene Wohnbaugenossenschaft einzubinden. Das heißt, die Stadt Wels kauft Gründe und übergibt diese der entsprechenden Genossenschaft, um so die Mieten wegen der wegfallenden Grundkosten geringer zu halten. Aus diesem Grund stellen wir mit diesem Initiativantrag einen Antrag auf Zweckwidmung von Erlösen aus Verkäufen von stadtteigenen Liegenschaften und Wohnungen. Das geschieht wie beim Wohnungsverkauf Punkt 3.) der Tagesordnung. Dabei soll dem schon vorweg dort wohnenden Mieter, wenn es ihm wirtschaftlich zumutbar ist, ermöglicht werden seine Wohnimmobilie zu kaufen. Auch bei den Amtsgebäuden, wobei ich nicht konkret vom Amtsgebäude II und vom Stadtplatz 55 spreche, denn hier sind die Mittel für die Attraktivierung des neuen Amtsgebäudes Greif vorgesehen, aber von anderen Objekten und Liegenschaften, die verkauft werden, wo wir städtisches Eigentum reduzieren und städtischen Wohnraum den Welsern wieder zur Verfügung stellen.

Aus diesem Grund wollen wir mit dieser Zweckwidmung für die Zukunft vorsorgen und weiterhin leistbaren Wohnbau für die Stadt ermöglichen. Ich freue mich auf ihre Zustimmung und rege Debatte und finde, die Welsener haben sich hier eine Entscheidung verdient, denn dieses Thema ist zu wichtig, als es nur auf Wahlplakaten, Foldern und Flyern zu drucken.

GR. Hufnagl: Ich verstehe den Initiativantrag und welchen Zweck, welches Problem die SPÖ-Fraktion hier adressiert. Wir NEOS können aber aus gewissen fachlichen Gründen diesem Antrag nicht zustimmen. Zur Erläuterung:

Im Antrag steht, dass die Erlöse vom Verkauf der stadtteigenen Liegenschaften für die Förderung des sozialen Wohnbaues verwendet werden sollen. Es wird hier keine Einschränkung auf Wohnungen gemacht, d.h. auch allgemeine Liegenschaften - als Beispiel ist ein Amtsgebäude angeführt. Ihr meint wahrscheinlich ganz bewusst alle Liegenschaften, von Amtsgebäuden auf stadtteigenen Grundstücken, von Wohnungen, von Sportstätten und von unbebauten Grundstücken – einfach von allen. Das Ansinnen ist ehrenhaft, aber eine Zweckwidmung von allen Verkäufen ist meines Erachtens nicht sinnvoll. Ein solcher Beschluss würde die Stadt in ihrer Handlungsfreiheit massiv einschränken und zukünftige andere Projekte gefährden. Jede rechnerische Gegenfinanzierung von anderen Projekten, wie neuen Schulen, Kindergärten und Sportstätten wäre dadurch nicht möglich.

Auch eine Stadt braucht gewissen finanziellen Gestaltungsspielraum und den würde man ihr damit wegnehmen. Wir brauchen etwas ganz anderes, um dieses Problem zu lösen. Wir brauchen z.B. überregionale und einheitliche Lösungen. Die Wohnbauförderung soll wieder zweckgewidmet werden. Diese wurde 2008 abgeschafft und seither verwenden die Länder die Einnahmen aus der Wohnbauförderung und stopfen damit irgendwelche Budgetlöcher.

Wir benötigen mehr die kleineren und günstigeren Wohnungen und nicht nur die typische Wohnung für eine Familie mit zwei Erwachsene und zwei Kindern, wie es einmal üblich war. Jetzt brauchen wir günstige Wohnungen für Studenten, für Singles, zeitgemäße Wohnungsangebote und Wohngemeinschaften im Alter. Außerdem müssen die Qualitätsanforderungen in den Bauordnungen überarbeitet werden und eine Reduzierung der Normen, denn derzeit gibt es über 3000 solcher Normen betreffend das Bauwesen. Eine Deregulierung der Normen wäre notwendig. Das Bauen muss wieder günstiger werden.

Schon lange diskutieren wir über eine Reform des Mietrechtsgesetzes. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die angegangen werden müssen. Eine Zweckwidmung aller Verkäufe von Liegenschaften in Wels wird das Problem nicht im Geringsten lösen. Daher werden wir uns hier dagegen aussprechen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Es geht mir hier um eine Richtigstellung und eine korrekte Wiedergabe. Es gab im September 2017 eine Analyse der Mietpreise in Österreich. Dabei wurden alle Mietpreise, d.h. alle aufliegenden, mehrere tausend Angebote der Immowelt.at untersucht und man gelangte zum Ergebnis, dass in Innsbruck das Wohnen am teuersten mit 16 Euro/m² ist. Wels liegt am vorletzten, fast billigsten Platz mit 9,80 Euro/m². Nur Eisenstadt ist mit 9,30 Euro/m² noch billiger.

Das heißt, wir haben in Wels absolut leistbares Wohnen in sehr vielen Bereichen. In diesem Zusammenhang möchte ich einen Dank an die Wohnungsgenossenschaften aussprechen, die hier eine sehr aktive Wohnungspolitik in Wels machen, weshalb dieses hier diskutierte Problem ein wichtiges ist, wir uns immer darum kümmern müssen, dass Wohnungen in Wels günstig sind. Es liegt aber auch an den günstigen Betriebskosten, weil wir als Stadt sehr maßvoll sind mit den Erhöhungen der Müll-, Wasser- und Kanalgebühren. Hier sind andere Städte wesentlich progressiver.

In Linz kostet das Parken beispielsweise mehr als Doppelte als hier in Wels. Das ist ein weiteres Beispiel einer guten Finanzpolitik in unserer Stadt, weil wir es uns durch verantwortungsvolles Wirtschaften leisten können die Gebühren nicht zu erhöhen. So soll es im Sinne der Bürger auch sein. Das Wohnungsproblem ist immer ein Problem, aber bei weitem nicht so groß, wie hier von der SPÖ-Fraktion geschildert.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Schatzmann: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Finanz- und Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schatzmann auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 3) in den Finanz- und Präsidialausschuss wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (SPÖ- +GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Transparenzmaßnahmen
Verf-015-I-9-2018

GR. Mag. Teubl: Der Verein Transparency International veröffentlichte im Jänner eine umfangreiche Untersuchung der Transparenz in Politik und Verwaltung von 50 österreichischen Städten und Gemeinden. Die Studie gipfelt in einem Transparenz-Ranking, bei dem Wels den 7. Platz belegte. Das klingt nicht schlecht und ist durchaus ein Achtungserfolg, nicht zuletzt dank mehrerer GRÜNE-Gemeinderatsanträge und Dank dem Engagement der zuständigen Stadtmitarbeiter. Dank diesem Engagement hat sich bezüglich Transparenz in den vergangenen Jahren in Wels durchaus einiges getan.

Bei näherer Betrachtung der Ergebnisse dieser Studie sieht das Ganze gleich nicht mehr ganz so positiv aus. Wels liegt mit seinen 50,68 von 100 möglichen Punkten weit abgeschlagen hinter Städten wie Wien mit 82,62 Punkten und Linz mit 74,86 Punkten. Aber auch hinter der größtmäßig vergleichbaren Stadt Villach, die mit 76,5 Punkten den zweiten Platz belegt. Gerade die Hälfte aller möglichen Punkte zu ergattern, ist kein Ruhmesblatt in punkto Transparenz. Warum hat es nicht für mehr gereicht? Bei der Detailanalyse ist ersichtlich, es gibt noch Bereiche mit Luft nach oben. Im Bereich Budget, Finanzen und Rechnungswesen schneidet Wels erfreulicherweise relativ gut ab. Verlangt wird hier allerdings noch ein Bericht zu Sponsoring, Spenden und Geschenken an die Gemeinden. Ab 5.000 Euro Gesamtwert pro Jahr sollen solche Zuwendungen inklusive der Namen der Spender, Art und Wert der Zuwendung, Verwendungszweck und bei privaten Spendern auf Wunsch anonymisiert aufgelistet werden.

Bei den kommunalen Unternehmen und Beteiligungen werden von der Transparency International Compliance Richtlinien für Mitarbeiter zu Interessenskoalitionen, Nebentätigkeiten und Verschwiegenheit verlangt. Mängel ortet der Bericht auch bei der Korruptionsbekämpfung. Konkret werden sowohl für Gemeinderäte und Stadträte als auch für Magistratsbedienstete Verhaltensregeln zur Annahme von Geschenken und sonstigen Vorteilen vermisst, u.a. vermisst durch eine schriftliche Verpflichtung und Sanktionen bei Missachtung solcher Regeln. Auch eine Antikorruptionsmeldestelle ist noch nicht eingerichtet. Die Vergabe- und das Beschaffungswesen haben nur zwei von zehn Punkten bekommen. Hier fehlen Angaben über Bieter und deren Angebote,

abgeschlossene Verträge zu den Mitgliedern der Vergabekommissionen und allfällige Interessenskollisionen.

Große Mängel ortet Transparency International außerdem bei der Personalauswahl. Hier fehlen Information über den Ablauf und den Stand des Auswahlprozesses. Noch schlechter sieht es aus bei der Vergabe von Gemeindewohnungen und Plätzen der öffentlich sozialen Einrichtungen. Auch hier fehlen Informationen über Ablauf und Stand des Auswahlprozesses, aber auch solche über die Mitglieder der Vergabekommissionen und deren Beratungen. Eine Auflistung der gesamten und der Beleg über die noch freien Plätze sollten öffentlich einsehbar sein. Nicht sehr überraschend hapert es auch im Bereich Subventionen und Fördermittel ganz gewaltig.

Bei der Vergabe von Subventionen fehlen schließlich einsehbare Kriterien der Vergabe der Fördermittel nahezu vollständig, seit die FPÖ- und ÖVP-Fraktion Subventionsordnungen abgeschafft und somit die mehr oder weniger freie Vergabe von Subventionsmitteln ermöglichte. Diesen Missstand mahnten die GRÜNEN immer wieder ein. Jetzt sind wir durch diese Studie bestätigt. Die Veröffentlichung der Namen aller Bewerber und deren Projektbeschreibung fehlten ebenso wie die der Mitglieder der Bewilligungsausschüsse und deren Protokolle.

Meine Damen und Herren, es gibt noch viel zu tun bis sich Wels wirklich transparente Gemeinde nennen darf. Deshalb beantragen die GRÜNEN hiermit, dass der Bürgermeister im Finanz- und Präsidialausschuss demnächst über geplante Schritte zur Verbesserung der Transparenz berichten soll. Darauf aufbauend soll der Ausschuss die nötigen Maßnahmen beraten, die eine solche Verbesserung herbeiführen soll. Ich glaube, ein solches Vorgehen ist sinnvoll, um beim nächsten Ranking mit der Punktezahl nach oben zu rutschen und besser abzuschneiden. Deshalb ersuche ich sie diesem Antrag zuzustimmen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. Wiesinger: Ich las mir diesen Bericht der Transparency International sehr genau durch und als ich las, dass Wien die transparenteste Stadt ist, wurde ich stutzig. Daher habe ich mich näher damit beschäftigt. Wie schon erwähnt, liegen wir an 7. Stelle und das ist ein gutes Ranking, wenn vier große Städte wie Dornbirn, St. Pölten, Salzburg und Innsbruck, hinter uns liegen. Der Sprung zu den anderen Plätzen ist sehr deutlich. 43 von 50 Gemeinden sind intransparenter als die Stadt Wels.

Herr Mag. Teubl, heute ist fast ein historischer Tag, denn ich muss ihnen Recht geben bezüglich des Inhalts ihres Initiativantrages. Als letzten Satz führen sie im Beschlussantrag an: „Basierend darauf möge der Ausschuss konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeiten.“

Das nehme ich ernst und deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Initiativantrag im Finanz- und Präsidialausschuss weiter zu behandeln.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) in den Finanz- und Präsidualausschuss wird mit

28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 1 Nein-Stimme (NEOS)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl, Vzbgm. Huber, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Scheinecker und GR. Mag. Humer waren bei der Abstimmung zu o.a. Punkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Nur Mohammad Rezai, Wels, Wildgansstraße 6/8;
Kauf der stadteigenen Wohnung Nr. 19 im Objekt
Wels, Flemingstraße 11
DI-ZR-12-2016

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidualausschuss vom 06.02.2018:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 26 im Objekt Wels, Flemingstraße 11, (Wohnnutzfläche 92,42 m²) wird unter nachstehenden Bedingungen an Herrn Nur Mohammad REZAI, Wels, Wildgansstraße 6/5, verkauft.

1. Kaufpreis:

Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 26 beträgt**€ 120.200,--**

inklusive des aushaftenden Darlehens Wohnbauförderung mit Stichtag per 01.04.2018 in Höhe von € 2.678,31.

Das aushaftende Darlehen betreffend die Wohnung Nr. 26 im Objekt Flemingstraße 11 wird durch den Käufer nicht übernommen und ist durch die Stadt Wels vorzeitig zu tilgen.

Der Kaufpreis ist zur Gänze an die Stadt Wels zu entrichten.

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

4.)

Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019
FD-Fin-100-2017

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 06.02.2018:

Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€	222,873.800,--
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€	222,873.800,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	€	15,437.400,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	€	15,437.400,--.

GR. Ganzert: Kurz möchte ich darauf eingehen um was es der SPÖ-Gemeinderatsfraktion beim Voranschlag für das Jahr 2019 geht und unser heutiges Stimmverhalten erklären. Wie der Herr Bürgermeister richtig sagte, gab es rechtliche Änderungen. Den Voranschlag für das Jahr 2018 beschlossen wir noch aufgrund der VRV 1997, mittlerweile gab es eine Novellierung und wir können den Voranschlag 2019 unter der VRV 2015 beschließen.

Es bleibt natürlich immer noch die Frage offen, warum es ein Doppelbudget braucht. Die Städte Linz und Steyr machen beispielsweise kein Doppelbudget. Warum müssen wir bereits jetzt im März dieses Budget beschließen? Wir könnten das wie in so vielen Jahren zuvor erst im November oder Dezember d.J. tun. Da gäbe es schon andere Zahlen, Daten und Fakten, auf die wir dann besser darauf eingehen könnten. Beispiele dafür sind die laufenden Kreditoperationen.

Es gab zahlreiche Änderungen im Bund und im Land. Bei der Budgetsitzung im Dezember 2017 gab es erst kurz die neue Bundesregierung. Wir werden erst im Laufe des Jahres sehen, wie sich der Pflegeregress auf die Stadt Wels auswirken wird. Im Ausschuss brachte ich bereits exemplarisch die Sicherheitsbehörde I. Instanz, die zur Bezirksverwaltung Wels-Stadt, sprich Magistrat, wandern soll.

Genauso sprachen wir über das massive Sparpaket des Landes Oberösterreich. In der letzten Sitzung sprachen wir stundenlang über die Einführung der Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten. Dazu gibt es eine sog. „Welser Lösung“, die bis zum Ende dieses Kindergartenjahres gilt. Es wird sicherlich weitergehen müssen. Das sind Kosten, die wir bei der Budgeterstellung im zweiten Halbjahr 2017 noch nicht wussten. Jetzt hätten wir die Chance im Budget 2019 das noch genauer darzustellen. Das ist eines der Grundprinzipie des Budgets.

Wichtige Projekte befinden sich im Budget, wie die Autobahnabfahrt Wimpassing, das Parkdeck in der Neustadt, für das wir uns sehr viele Jahre einsetzten, der Kindergarten Pernau in der Herderstraße, Sanierung des Wochenmarkts usw. Es hat sicherlich einen

Grund warum wir eine Darlehensaufnahme brauchen (die Mittel aus den Rücklagen des Sparkassenanteilverkaufs werden zu Neige gehen) und warum wir heute noch keinen Darlehensantrag stellen, sondern diesen erst mit den geplanten Projekten verknüpfen.

Daher signalisierten wir unsere Zustimmung zum Voranschlag 2018 und sagten, wir wollen nur dort zustimmen, wo es rechtlich eine Möglichkeit gibt. Damals gab es die Diktion „zur zustimmenden Kenntnisnahme“, das geht auch aus dem heute vorliegenden Amtsbericht hervor. Wir sagten, wenn dies herausgegeben wird, gehen wir gerne mit. Wir hatten einen Grund für die Nichtmittragung dieser „zustimmenden Kenntnisnahme“, warum wir gerade beim Voranschlag 2019 anderer Meinung sind.

Grundsätzlich ist festzuhalten, es handelt sich um eine Fortschreibung der Leistungen nach Evaluierung in den unterschiedlichen Bereichen. Schaut man jedoch ein bisschen genauer hin, fällt einem beispielsweise das Schulsanierungskonzept auf. Darin sind die Volksschulen und Neuen Mittelschulen enthalten. Im Rechnungsjahr 2017 waren im Budget 230.000 Euro enthalten und jetzt liegen wir bei 105.000 Euro. Wir kürzen somit um 125.000 Euro bei den Volksschulen und bei den Neuen Mittelschulen. Sie können sich alle noch an das wichtige Thema „Bildungscampus Wels“ erinnern. Man könnte auch sagen Schulneubau Wels-West im Stadtteil Noitzmühle. Wir sind offen und sagen man muss sich das ganz genau anschauen, um das beste Ergebnis erzielen zu können.

Meine Kollegen, allen voran Bildungsstadtrat Reindl-Schwaighofer, wird noch darauf eingehen warum es so wichtig ist, auch in diesem Stadtteil eine ganztagsgeführte Volksschule zu errichten und warum es auch möglich sein muss, dort allen Kindern einen fairen und gerechten Zugang zu dieser Bildungschance zu gewährleisten.

Intensiv beschäftigten wir uns mit diesem Budget und stellten uns die Frage, ob es möglich wäre einen Abänderungsantrag dazu zu stellen. Etwas was eigentlich nicht üblich ist und es noch nie im Gemeinderat gab. Aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten ist dies jedoch sehr schwierig – würde ich etwas hineinschreiben, müsste ich dies auch bedecken, weil im außerordentlichen Haushalt das Einzelbedeckungsprinzip gilt.

Jetzt entschieden wir uns für etwas ganz anderes, und zwar für einen Zusatzantrag, den ich ihnen nun vorlesen darf.

„Dem Beschlusstext

„Der Voranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2019 samt Beilagen wird gemäß § 53 Abs. 1 StW. 1992, LGBl.Nr. 8/1992 i.d.g.F., mit folgendem Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€	222,873.800,--
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€	222,873.800,--
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€	15,437.400,--
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€	15,437.400,--

möge folgender Absatz beigefügt werden:

Der Gemeinderat bekennt sich zur Fortführung des Schulsanierungskonzeptes und zur ausreichenden Budgetierung wie im Voranschlagsjahr 2017 und stellt die notwendigen Mittel zur Projektierung und Errichtung einer ganztägigen Volksschule im Stadtteil

Noitzmühle, dessen Planungen noch im Jahr 2018 beginnen und deren Fertigstellung im Jahr 2021 vorliegen sollte, zur Verfügung.“

D.h. wir sagen ganz klar, es liegt nicht an der SPÖ-Fraktion und an uns Gemeinderäten akkurate Zahlen auf den Tisch zu legen und ganz genau zu wissen wieviel Geld wir dafür brauchen. Aber wir wissen, dass der Gemeinderat immer ein Bekenntnis dazu abgeben kann, wie eben auch zu unserem Bildungsstandort der Stadt Wels. Deshalb dieser Zusatzantrag, den ich gerne dem Vorsitzenden und den Fraktionsobmännern austeilten werde. Bitte sich diesen durchzulesen und ihn in die allfällige Diskussion miteinzubeziehen. Nutzen wir doch die Chance dieses wichtige Thema einzubringen und rasch umzusetzen. Ansonsten können wir dem vorliegenden Budget, trotz wirklich einiger wichtiger Investitionen, die nicht von der Hand zu weisen sind, in dieser Fassung nicht zustimmen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Wortmeldung. Ich darf ersuchen diesen Zusatzantrag auch den anderen Fraktionen zu überreichen, bevor wir in der Debatte fortfahren.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir überlegten uns kurz, wie wir noch einmal deutlich machen können um was es uns geht. Sie können sich alle auf die sehr umfangreiche Debatte im Dezember-Gemeinderat erinnern. Es wurde im Wesentlichen deutlich, welche Punkte für die SPÖ-Fraktion wichtig sind, damit wir dem Budget in der vorliegenden Form zustimmen können. In der heutigen Aktuellen Stunde diskutierten wir genau dieses Thema. Daran erinnern darf ich, wie wichtig die Frage der Bildung, der Bildungsinfrastruktur in der heutigen Debatte genommen wurde.

Für uns geht es darum deutlich zu machen, dass wir die Zukunft der Stadt jetzt in der Hand haben und nicht verschieben dürfen. Das Schulsanierungskonzept, die Dotierung der Position für die Schulsanierung ist ein klares Zeichen dafür, dass linear, ohne Rücksicht auf Verluste, Gelder gestrichen wurden in einem Bereich, wo wir seit Jahren bestimmte Dotierungen hatten und wir auch wissen, dass wir diese benötigen. Das sind diese 230.000 Euro für Volksschulen und als eigener Ansatz für die Neuen Mittelschulen, die auf 105.000 Euro reduziert wurden. Zurzeit gibt es in der Neustadt in der NMS und in der VS keine Ganztagesangebote. Es braucht Schulinfrastruktur, Schulbildungsmöglichkeiten für unsere Schüler, um Chancengleichheit herzustellen.

Der dritte Grund ist für uns der Schulbau Wels-West, der symbolisch dafür steht, den Stadtteil Noitzmühle mit einem neuen Schulgebäude aufzuwerten. Wenn wir das nicht machen, müssen wir zumindest die Schule Lichtenegg sanieren. Diese Dinge müssen wir angehen. Wir bieten an, so wie wir das schriftlich machen an den Herrn Bürgermeister, an die Stadtsenats- und auch an die Ausschussmitglieder, dass wir uns mit diesem Zusatzantrag auf eine gemeinsame Vorgangsweise einigen, diese heute beschließen und in Verhandlungen eintreten, wie wir das zeitgerecht umsetzen können.

GR. Schäfer: Nachdem die SPÖ-Fraktion natürlich heute auch wieder diesen Campus Noitzmühle anspricht, habe ich mir meine Zahlen, Daten, Fakten, die ich bereits in der Budgetgemeinderatsdiskussion präsentierte, mitgenommen. Ich darf erneut präsentieren, was im Arbeitspapier vom 19.09.2017 herauskam. Nämlich im Vergleichszeitraum 2013 bis 2016 waren die Schülerzahlen um 13 % rückläufig. Sieht man sich noch die Schulbesuchsprognose der Statistik Austria an, so prognostiziert diese für 2030 wieder keinen Anstieg sondern ein maximales Gleichbleiben der Schülerzahlen. Weiß man noch

dazu, dass auf Landes- und Bundesebene Überlegungen angestellt werden, die Schüleranzahl einer Klasse leicht anzuheben, weil es keinerlei wissenschaftliche Nachweise gibt, dass dies für den Lernerfolg schlecht ist – geht man davon aus diese von 24 auf 25 oder 26 Schüler zu erhöhen – spricht dies auch dafür, dass ein neuer Schulbau ein reines Prestigeprojekt ist. Das sind 30 Mio. Euro, die wo anders investiert werden könnten.

Die FPÖ-Fraktion wird diesem Zusatzantrag nicht zustimmen. Wir sind natürlich für die Schulsanierung und dafür, dass in die Schulen Geld investiert wird, aber wir brauchen keinen Schulneubau in der Noitzmühle.

GR. Schönberger: Warum muss man im März ein Budget für 2019 beschließen? Es gibt sehr viele offene Dinge, über die wir eigentlich noch nicht Bescheid wissen. Es gibt das große Projekt Greif, ein Stadtteilentwicklungskonzept mit dem Areal um den Lokalbahnhof und den seit Beginn 2016 auf Schiene laufende Verkauf der stadteigenen Wohnungen (ungefähr 90 an der Zahl, die im Paket irgendwann einmal verkauft werden sollen, der Erlös wird bei ca. 10 Mio. Euro liegen). Wie schon Kollege Schäfer erwähnte, gibt es Überlegungen auf Bundes- und Landesebene Gesetzesänderungen zu tätigen. Das ist der größte Unsicherheitsfaktor. Wir wissen nicht was uns diese Bundesregierung alles beschern wird, was wir 2019 noch in einem Budget berücksichtigen müssen.

Darum verstehe ich nicht, warum wir das Budget 2019 heute unbedingt beschließen müssen, ohne vielleicht einmal darüber nachzudenken, was noch kommen könnte oder dass man einfach die Dinge auf sich zukommen lässt. Wir 36 Gemeinderäte haben von den Welsern das Mandat erhalten sich um ihre Stadt zu kümmern. Wir wissen alle nicht, was auf uns zukommt.

In einem Parteiüberkommen wurde irgendwann einmal festgeschrieben, dass wir Doppelbudgets machen, aber die Zeit lässt einem gescheiter und vielleicht auch vernünftiger werden. Man könnte schon davon abrücken hier alles festzuschneiden und nachher wieder aufschneiden zu müssen. Wie kurzlebig die Zeit ist, zeigt der nächste Tagesordnungspunkt. Dabei handelt es sich um ein Projekt, welches im Prinzip bereits im November 2017 in die Wege geleitet, jedoch budgetär nicht bedacht wurde und jetzt müssen wir, nachdem das Budget 2018 schon beschlossen ist, drei Monate später schon 84.000 Euro nachträglich beschließen. Rechne ich das jetzt hoch, werden wir wahrscheinlich 2019 zwanzig bis fünfundzwanzig Projekte ins Budget nachträglich geben müssen, weil wir diese noch nicht kannten. Jeder Gemeinderat sollte für sich selbst die Entscheidung treffen, ob es sinnvoll ist fast ein Jahr vorher diese Dinge alle festzumachen.

GR. Mag. Teubl: Auch uns ist es nicht ganz einsichtig, warum wir heute dieses Budget bereits beschließen müssen, nachdem es uns in der letzten Sitzung als Doppelbudget untergejubelt hätte werden sollen. Unsere Meinung dazu hat sich natürlich seither nicht verändert. Unser Hauptproblem liegt darin, dass es kein Sparbudget sondern ein Verschuldungsbudget ist und das, obwohl an allen Ecken und Enden im Sozialbereich, im Bildungsbereich und im Kulturbereich gespart wird. D.h. hier stimmt etwas nicht und es wäre dringlich an der Zeit dieses Budget noch einmal zu überarbeiten.

Bei der letzten Budgetdebatte stellten wir nachdrücklich fest, dass es für uns inakzeptabel ist, wenn der Schuldenstand der Stadt Wels, nachdem gerade 72 Mio. Euro

durch den Verkauf der Sparkassenanteile Erlöst wurden, von nunmehr 25 Mio. Euro auf 44 Mio. Euro durch die Budgets der Jahre 2018 und 2019 wieder steigen soll. Das ist eine Steigerung von 76 % in nur zwei Jahren. Das halten wir für unverantwortlich.

Kollege Schönberger wies gerade darauf hin, es wird wahrscheinlich nicht einmal dabei bleiben, weil wir ständig Nachtragsbudgets beschließen werden. Die Frage ist, warum es nicht gelingt Überschüsse im ordentlichen Haushalt zu erzielen, mit denen die zweifellos notwendigen Investitionen finanziert werden können? Wir sind der Meinung es werden hier falsche Prioritäten gesetzt. Es wird dort gespart, wo es dringend notwendig wäre, aber es gibt eine Menge unnötiger Ausgaben. Es gibt eine Magistratsreform, die nichts einspart sondern uns teuer zu stehen kommt. Es gibt teure Gutachten, die die Stadt Wels sich leistet. Es gibt eine ganze Menge von Ausgabenposten, wo man tatsächlich sparen könnte. Wir erzielen also keine Überschüsse im ordentlichen Haushalt, investieren aber fröhlich drauf los.

Dass wir nicht dagegen stimmen ist dem geschuldet, dass wir natürlich viele dieser Investitionsvorhaben durchaus gut heißen. Aber wir glauben eine verantwortungsvolle Budgetpolitik muss anders aussehen. Die Verringerung von Rücklagen, die Neuverschuldung, die damit betriebene Schuldenpolitik sind für uns nicht akzeptabel.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Tagesordnungspunkt an den Finanz- und Präsidialausschuss zu verweisen, um dort noch einmal darüber beraten zu können, wie es möglich ist, die wichtigsten Investitionen zu tätigen ohne wieder in einen neuen Schuldenstrudel hineingerissen zu werden.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung dieses Tagesordnungspunktes an den Finanz- und Präsidialausschuss wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Sönser war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Hufnagl: Zum Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion möchte ich sagen, ich sehe das genauso wie die FPÖ-Fraktion. Im Moment haben wir sinkende Schülerzahlen. Bei Errichtung eines neuen Schulstandortes kommen einige Klassen dazu. Wenn ich das hochrechne, müsste die Welser Bevölkerung vor allem im Westen der Stadt schon um ein paar tausend Menschen steigen. Das sehe ich nicht – vor allem nicht bis 2021. Somit macht dieser Schulstandort im Moment keinen Sinn. Das kann sich natürlich ändern, aber für mich macht dies im Moment keinen Sinn hier zuzustimmen.

Wir werden uns der Stimme enthalten – warum? Wir stimmen auch dem Budget nicht zu – das ist nur konsequent. In der letzten Gemeinderatsitzung stimmten wir dem Budget 2018 nicht zu weil wir sagten, mit dieser Schuldenpolitik können wir nicht mitgehen. 2019 ist ein Budget, in dem es wirklich um das Schuldenmachen geht. Wir investieren wieder 15,5 Mio. Euro und nehmen dazu Schulden auf. Da machen wir nicht mit, darum ist es nur konsequent auch dieses Mal nicht mitzustimmen.

StR. Lehner: Das Planen der Zukunft ist eine unglaublich schwierige Angelegenheit. Wenn man diese Planung noch in Zahlen gießen muss, ist es noch viel schwieriger, speziell in Zeiten, in denen wir nicht wissen, wie sich die Konjunktur weiterentwickelt, ob es weiterhin so dynamisch bleibt und wie sich Arbeitslosenzahlen entwickeln usw. D.h. es ist hier sehr viel Unvorhersehbares. Genau mit diesen Argumenten kann man ein Ja oder Nein zum heutigen Budget begründen.

Aus meiner Sicht ist es positiv jetzt ein Budget für das Jahr 2019 zu beschließen, denn damit können wir klar zum Ausdruck bringen, wo sind unsere klar definierten Pfade, was ist unserer Stadt wichtig und welchen Weg wollen wir in der Entwicklung dieser Stadt gehen. Dass es zu Änderungen kommt wissen wir. Deshalb gibt es Instrumente für den Gemeinderat mit Kreditüberschreitungen auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Das machen wir mit fast immer einstimmigem Stimmverhalten. Daher bin ich überzeugt, dass wir einerseits diese Sicherheit geben müssen, andererseits uns auch die Fähigkeit erhalten sollen auf Gegebenheiten reagieren zu können und auf neue Ideen, die in der Politik zum täglichen Geschäft gehören. Ideen, woher sie auch immer kommen, werden im Gemeinderat offen diskutiert und zum Wohle der Welsler wird versucht das beste Ergebnis zu erzielen.

Ich bin ein Freund von modernen Unterrichtsformen, auch von der Betreuung am Nachmittag. Heute, in einer fast schon überhitzten Baukonjunktur einen internationalen Planungswettbewerb auszuschreiben, heuer noch zu vollenden und bis 2021 ein Schulgebäude zu errichten, erscheint mir als Baureferent - unabhängig ob man das will oder nicht - jedenfalls vom Zeitraum her viel zu kurz gegriffen. Auf alle Fälle ist dies in der Realisierung ein sehr teures Unterfangen. Die Baukonjunktur ist gerade in Hochstimmung, entsprechend schwierig ist es auch preislich günstig zu bleiben. Die Investition der öffentlichen Hand in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten ist vor allem für die Bauwirtschaft und ihren Mitarbeitern wichtig. Dann wissen wir genau, ob diese Schulplätze wirklich notwendig sind oder ob die Schülerzahlen entsprechend sinken und wir diese Investition womöglich in Wels gar nicht benötigen.

Bgm. Dr. Rabl: Die Gelegenheit möchte ich nutzen, um auf ein paar Wortmeldungen einzugehen. Zuerst möchte ich mich bei den Beamten sehr herzlich bedanken für dieses Budget. Ich weiß, Budgeterstellungprozesse sind nicht nur langwierig, sie sind auch kontroversiell. Ohne die Mitarbeiter in allen Bereichen, insbesondere ohne dir, Dr. Hermann Barth, wäre das in dieser Qualität keinesfalls möglich gewesen. Danke daher an diese sehr gewissenhafte Vorbereitung und die Umsicht, mit der derartige Budgeterstellungprozesse begonnen und zu Ende gebracht worden sind.

Lieber Stefan, wenn du fragst, warum ein Doppelbudget, dann lese das Parteienübereinkommen, welches du übrigens selbst unterstützt hast. Ein Doppelbudget macht Sinn deswegen, weil es spart. Budgetiert man über zwei Jahre, sind verschiedene Ausgaben noch nicht enthalten, weshalb man vorsichtiger budgetiert und deswegen nicht ganz so viel Geld ausgibt. Das erfand nicht etwa ich - sondern zumindest mein Amtsvorgänger. Auch er war nicht der erste, der Doppelbudgets machte, es gab bereits andere davor. Ich zitiere nur einen Minister, der als Finanzminister 2000 das erste Doppelbudget machte.

Dass es dabei Unwägbarkeiten gibt ist richtig. Die gibt es immer. Die letzte Bundesregierung beschloss die Steuerreform, die uns nachhaltig sehr viele Einnahmen

über die Bundesertragsanteile nicht brachte. Das war ein Einnahmefall und ist übrigens auch der Grund warum die Bundesertragsanteile zwei bis drei Jahre stagnierten. Jetzt sind sie aufgrund der guten Konjunktur steigend. Lieber Stefan, auch wenn wir nur ein einfaches Budget beschließen, gibt es immer eine Bundesregierung und einen Landtag, die Maßnahmen beschließen, die wir heute vielleicht noch nicht wissen. Das ganze Budget ist ein sehr flexibler Prozess – das ist auch der Grund warum es die Möglichkeit der Kreditüberschreitungen gibt. Sehe ich mir den heutigen Antrag zur Kreditüberschreitung an, so war zum Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht absehbar, dass wir für das Lokalbahngelände einen richtigen Wettbewerb ausschreiben. Insofern ist es gerechtfertigt darauf einzugehen. Wichtig ist nur, dass im Budget die Mittel dafür vorhanden sind. Die Mittel sind deswegen vorhanden, weil wir in den letzten zwei Jahren massiv einsparten.

Herr Mag. Teubl, natürlich haben wir im ordentlichen Haushalt einen massiven Budgetüberschuss, mehrere Millionen hoch. Dr. Barth kann es ihnen bestätigen – der Überschuss wird sogar zweistellig sein. So hoch ist er, weil wir so brav sparten, weil wir effizient waren, weil wir eine Magistratsreform machten, die massive Einsparungen brachte. Aber da sehen sie einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren, woran das schon generell krankt. Die GRÜNEN sagen, das ist ein Wahnsinn, da kann man nicht zustimmen, das sind zu viele Ausgaben, Schuldenpolitik etc. Die SPÖ kritisiert auf der anderen Seite, das ist ein Sparpaket, weil wir kein Geld für die Schule haben. Ich verstehe natürlich, jede Partei hat Wünsche, wo sie glaubt das muss jedenfalls thematisch erfüllt werden, damit unser Klientel bestmöglich bedient wird. Früher sagten die GRÜNEN, es ist ein Wahnsinn, wir brauchen Investitionsbudgets, wir müssen die Wirtschaft ankurbeln. Jetzt haben wir ein Investitionsbudget, jetzt heißt es, wir brauchen ein Sparpaket und ein Sparbudget. Das haben wir jetzt leider nicht.

Ich kann nur sagen, ein Budgetprozess ist ein politischer Kompromiss. Wir versuchten einen derartigen Kompromiss auch mit der SPÖ herbeizuführen. Das zeigt ein bisschen die Doppelbödigkeit, weil die SPÖ sagt, wenn wir eine Schule budgetieren dürfen, die uns 30 Mio. Euro kostet und die wir tatsächlich derzeit nicht brauchen, stimmen wir zu. Wenn wir keine Schule budgetieren, ist es ein böses Budget, ein schlechtes Budget – dann stimmen wir nicht zu. Also hier sieht man, es liegt gar nicht am Budget, ob man zustimmt oder nicht. Es liegt einfach an einem einzigen Thema, wo man sagt, das bildet man sich ein und das will man jetzt machen. Wenn man sich aber mit der Materie beschäftigt, wenn man also fragt, was brauchen wir denn, brauchen wir ein Schulzentrum Wels-West, obwohl wir wissen, dass die Schülerzahlen zurückgehen, sieht es ganz anders aus.

Wissen sie, woher wir das wissen? Ganz einfach – die Schüler gehen mit sechs Jahren in die Volksschule. Wir wissen also jetzt wieviel Schüler in sechs Jahren in die Volksschule gehen werden, weil wir die Geburtenstatistiken haben. Natürlich ziehen ein paar zu, ein paar weg, aber in der Regel stimmt das. Derzeit wissen wir, wir brauchen in sechs Jahren keine Volksschule Wels-West. Das sagt einfach die Geburtenstatistik aus. Es kostet aber 30 Mio. Euro!

Wir wissen, die Klassenzahlen gingen zurück von 53 auf 47. Dazu gab es eine Analyse und Auswertung. Das sind sechs Klassen – auch das muss man sich einmal ins Bewusstsein rufen, warum wir das nicht machen. Wir wissen, dass die Nachmittagsbetreuung in Lichtenegg nur zu einem Drittel ausgebucht ist, weil dort keine

Leute hingehen wollen. Trotzdem wird die ganze Zeit propagiert, wir brauchen mehr Plätze. Nein! Füllen wir doch einmal die Plätze auf, die wir derzeit haben. Das ist übrigens der Stand vom September 2017.

Man muss schon ein bisschen schauen, was steht zur Verfügung, was ist notwendig und was soll in der Folge bedeckt werden. Deswegen bin ich der Meinung, dieses Budget ist durchaus sehr ausgewogen. Noch dazu wenn man überlegt und bedenkt, dass wir die letzten Jahre 25 Mio. Euro in die Schulsanierung steckten. Da rede ich nicht von der Rainerschule, die wir gerade eröffneten. Da rede ich nicht nur von Puchberg, wo wir den Turnsaal erneuerten und verschiedene andere Räumlichkeiten machten. Die Schulsanierungskonzepte I und II sind abgearbeitet.

Wir wissen es gibt einen gewissen Investitionsrückstau im Bereich der Kindergärten. Als Politik hat man aus meiner Sicht die Verantwortung Prioritäten zu setzen. Man muss also klare Ziele haben, um diese Prioritäten auch umsetzen zu können. Wenn wir im Bereich Kindergärten einen rückgestauten Sanierungsaufwand haben, dann müssen wir uns jetzt einmal um die Kindergärten kümmern.

Lieber Stefan, du solltest es am besten wissen, in der Pernau gibt es Kindergärten, die sind aus den 60er-Jahren – da gibt es großen Sanierungsbedarf. Genau deswegen beschlossen wir in diesen Bereich 4 bis 6 Mio. Euro zu investieren, weil Kinderbetreuung mit Gleichberechtigung, mit Frauenpolitik zu tun hat. Da müssen wir einen Schwerpunkt setzen.

Ich gebe dir Recht Johnny, die Schule Lichtenegg ist nicht im besten Zustand. Aber eine Sanierung kann noch drei, vier Jahre warten, weil es andere Prioritäten gibt. Das ist wie im Haushalt. Wenn ich verschiedene Investitionen brauche, muss ich entscheiden, was ich zuerst mache. Ich setze Prioritäten - nichts anderes machen wir.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit mit der ÖVP, die sehr viele Aspekte einbrachte, die wir auch berücksichtigten. Im Endeffekt ist es der politische Kompromiss, der sich in einem Budget abzeichnet - nichts anderes. Ich ersuche daher auch diese Überlegungen in die weitere Debatte mitaufzunehmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wenn du von den Ganztagesplätzen in Lichtenegg redest, redest du von freien Kapazitäten in der Neuen Mittelschule und wir sprechen von Ganztagesplätzen für die Volksschule. Es sprach niemand von einem Projekt, welches 30 Mio. Euro kostet. Sondern es geht darum, wir rollten vor ungefähr fünf Jahren den Architektenwettbewerb Lichtenegg auf. Zu diesem Zeitpunkt waren wir uns einig, dass diese Schule saniert gehört. Wenn du heute davon sprichst, dass die Klassenschülerzahlen auf 47 zurückgingen, sollte man die ganze Untersuchung zitieren. Bei dieser Untersuchung ging es um die Überprüfung, wie viele Klassen werden wir in den Schulen Lichtenegg, Vogelweide und Noitzmühle brauchen. Es kam heraus, wir werden zwischen 53 und 47 Klassen benötigen. Einerseits haben wir in der Vogelweide noch immer Kellerklassen. Diese könnten wir auflösen, wenn wir die Sprengelverteilung so machen, dass wir in Lichtenegg eine sanierte Schule haben oder in Wels-West eine Schule bauen. Das ergibt nun die Frage, für welche der vorgelegten Varianten entscheide ich mich in diesem Zusammenhang?

Die Statistik Austria sagt ganz klar, die Schülerzahlen werden wieder steigen. In den Stadtteilen Lichtenegg und Noitzmühle forcieren wir den Wohnungsbau. Das wird sich auf die Schülerzahlen auswirken. Die Bereitstellung von qualifizierten Räumen und Möglichkeiten für die Schulen hat etwas mit dem Ganztagesangebot zu tun. Wir haben in den Volksschulen keine Angebote für Ganztagesklassen.

Zuerst diskutierten wir die Frage der Integration als Bildungsfrage. Welche Maßnahmen können wir als Stadt setzen? D.h. wir können die Schulinfrastruktur in dieser Qualität zur Verfügung stellen, damit Lehrer eine hervorragende Arbeit leisten können. Das sind wir unseren Kindern in der Stadt Wels schuldig. Deshalb wollen wir in diese Diskussion einsteigen und sagen, eine Schulinfrastruktur brauchen wir zur Unterstützung der Lehrer.

Warum ist die neue Schule in der Mauth so überlaufen? Weil es eine tolle neue Schule ist, tolle Lernkonzepte hat und sich die Schule einen tollen Ruf bei den Eltern erarbeitet hat. Wir haben dort einen hohen Andrang, wir bräuchten mehrere Schulen, die diese Möglichkeiten haben. Der Schulcampus in der Innenstadt ist sicher ein wichtiger Beitrag, um dieses Angebot für die Infrastruktur für mehr Eltern und Kinder verfügbar zu machen.

Wenn wir die Schüleranzahl in den Klassen von 25 und 27 Schülern erhöhen, werden wir in der Stadt Wels Probleme damit haben, weil diese Probleme mit der Unterbringung jetzt schon bestehen.

Die SPÖ-Fraktion schrieb dem Herrn Bürgermeister und führte Gespräche. Es geht uns darum, dass dieses Budget in vielen Bereichen die richtigen Ansätze hat. Wenn es einen Knackpunkt gibt, dann ist das die Schulinfrastruktur.

Bei einer Mehrparteienvereinbarung kann man sich nicht immer nur das heraussuchen, was man selber haben möchte. Die Doppelbudgets wurden vereinbart, aber auch die Schule Wels-West wurde paktiert. Wie viele andere Dinge auch, an die sich jetzt die Vertragspartner nicht gerne erinnern wollen. Mit diesen Argumenten würde ich vorsichtig sein, man sollte redlich sein und alle Punkte auf den Tisch legen.

GR. Mag. Parzmayr: Natürlich hat es in den letzten Jahren Sparbudgets gegeben. Dadurch haben wir ein Investitionsvolumen zur Verfügung – weshalb dieses Budget für uns ein Investitionsbudget ist. Die GRÜNEN sehen das anscheinend nicht ganz so. Die jetzt zu tätigen Investitionen sind entweder schon lange beschlossen, meistens auch mit Stimmen der GRÜNEN, oder einfach schon lange überfällig. Nun gehen wir es an und tätigen diese Investitionen, weil sie notwendig sind. Wie Kindergärten und viele andere Bauvorhaben, die endlich umzusetzen sind.

Woher Mag. Teubl die Erkenntnis nimmt, dass die Magistratsreform nichts brachte, entzieht sich völlig meiner Kenntnis. Er hat es auch nicht näher ausgeführt. Faktum ist, es gibt beim Personal- als auch beim Sachaufwand große Einsparungen. Deshalb haben wir im ordentlichen Haushalt einen massiven Überschuss. Ansonsten kommen von den GRÜNEN keine Vorschläge, es wird nur immer gesagt, dort wo ihr spart ist falsch. Wo wir sparen sollen, habe ich auch heute nicht gehört. Bin aber darüber wenig überrascht.

Für die SPÖ-Fraktion ist es offenbar nur wichtig, dass ihr Projekt Schule Neu in Wels-West in das Budget aufgenommen wird. Wenn das so ist, stimmen sie zu, sonst nicht. Gut, das nehmen wir so zur Kenntnis. Kollege Schäfer führt es bereits aus – wir gehen

nicht davon aus, dass diese Schule zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt geplant und gebaut werden muss. Bildung kann auch in einer sanierten Schule vermittelt werden – das sieht man jetzt in der Rainerstraße. Die Schule in der Rainerstraße wurde gerade saniert, dort funktioniert es ganz gut.

Abschließend kann ich nur sagen, das Jahr 2017 ist budgettechnisch sehr positiv ausgefallen. Die weiteren Jahre werden das auch. In diesem Zusammenhang danke ich dem Finanzreferenten für seine umsichtige Finanzpolitik.

GR. Dr. Csar: Glaubt man den Medien, bin ich ein Kritiker der FPÖ-Fraktion oder des Herrn Bürgermeisters. Möchte jedoch ausdrücklich festhalten, dass wir als ÖVP-Fraktion zu diesem Budget stehen und ich muss dem Herrn Bürgermeister vollinhaltlich Recht geben. Wir verhandelten das Budget 2018/2019. Besprachen und paktierten, dass wir es durch den Gemeinderat tragen. Es gab viele Gespräche mit der SPÖ-Fraktion mit einem einvernehmlichen Ergebnis.

Dass heute ein Paket herausgezogen wird, erstaunt mich etwas, denn auch wir könnten sagen uns ist das eine oder andere besonders wichtig und möchten eine Prioritätenreihung machen, eine Planung und einen Neubau fordern, aber überhaupt nicht wissen, wie wir das bedecken wollen. Nach den Grundsätzen der Budgeterstellung ist es unbedingt notwendig, dass jede Ausgabe auch bedeckt werden muss, ansonsten kein Beschluss herbeigeführt werden darf. Daher bekenne ich mich zum Verhandlungsergebnis und ersuche die SPÖ-Fraktion nochmals darüber nachzudenken den Antrag zurückzustellen und darüber zu verhandeln. Aus unserer Sicht ist es unbedingt notwendig das vorliegende Budget zu beschließen.

GR. Hufnagl: Eine kleine Berichtigung zu Kollegen Mag. Parzmayr: Du sagtest, die meisten geplanten Investitionen sind zum Teil ältere Dinge, die schon lange beschlossen wurden. Hier muss ich einhaken – der größte Brocken sind die geschätzten 13,3 Mio. Euro für das Projekt Greif. Dieses wurde erst im letzten Jahr beschlossen.

Wieviel brachte die Magistratsreform? Kollege Mag. Teubl sagte nicht viel oder er kann es nicht erkennen. Warum ich auch diesen Eindruck habe? Man braucht nur die Zahlen anschauen. Z.B. die Veränderung der Personalkosten. Im Voranschlag für 2019 sind um 6 Mio. Euro mehr Personalkosten budgetiert, als im Rechnungsabschluss 2016. Wirklich sichtbar ist es auch für mich nicht.

GR. Ganzert: Auf youtube kann die Gemeinderatsitzung vom Dezember 2017 angesehen werden. Auch damals gaben wir die Gründe bekannt, warum wir das Budget 2019 nicht einmal zustimmend zur Kenntnis nehmen können.

Der Herr Bürgermeister bezieht sich auf diverse Schriftstücke und auf Dinge, die nicht das Budget sondern andere Voraussetzungen beinhalten. Es gab vor der Beschlussfassung ein persönliches Gespräch, in dem Meinungsverschiedenheiten herrschten. Das ist in der Politik ganz normal.

Die Argumente des Kollegen Lehner kann ich nicht ganz verstehen. Wir könnten auch warten bis die Preise aufgrund der Konjunktur wieder sinken, was beispielsweise das Projekt Greif betrifft. Für mich widerspricht er sich in dieser Frage.

Wenn der Herr Bürgermeister sagt der SPÖ-Fraktion geht es nur um die Schule, so ist das richtig erkannt. Seit Monaten geben wir diese Parole aus, sie ist uns sehr wichtig. Ebenso zum Ausdruck brachten wir, dass wir hinter vielen Vorhaben stehen – auch zu dem heute bereits angesprochenen Kindergarten. Das wird sich in den Sach- und Finanzierungsbeschlüssen abbilden.

Unterstützen möchte ich die Ausführungen von Kollegen Hufnagl und Mag. Teubl. Die Magistratsreform ist wirklich nicht geglückt. Sieht man sich die Zahlen näher an, erkennt man die eigenwillige Leseart des Herrn Bürgermeisters und der Koalition – es sei jedem vergönnt!

Verstehen kann ich den Wunsch des Kollegen Dr. Csar, wir mögen den Zusatzantrag wieder zurücknehmen, nicht. Kollege Reindl-Schwaighofer sprach klar von Mediation. Wir hätten genau dieses Mittel im Dezember versucht. Wir hätten mit mehreren Anträgen versucht die Budgets zu entkoppeln, 2017 und 2018 zu entkoppeln, wir hätten versucht ein Wort herauszustreichen. Wir hätten mit allen Möglichkeiten versucht als SPÖ-Fraktion herzugehen den Gemeinderat die Möglichkeit zu geben die Tatsachen auf den Tisch zu legen. Es gelang damals nicht und ich würde es auch heute nicht verstehen unser offenes ehrliches Ansinnen zurückzuziehen. Wir stehen dazu und freuen uns über jede Zustimmung und Unterstützung, wenn es darum geht etwas weiterzubringen.

Bgm. Dr. Rabl: Diese angeregte Diskussion über das Budget habe ich ein zweites Mal nicht erwartet, aber ein Budget gibt immer wieder Anlass heftig über einzelne Punkte zu diskutieren. Ein paar Klarstellungen hat diese Diskussion dankenswerterweise gebracht. Kollege Ganzert sagte ganz klar, das Budget passt eigentlich - außer die Schule Wels-West fehlt. Deswegen stimmt die SPÖ-Fraktion nicht zu. Es ist ja in Ordnung, wenn man das so auf den Tisch legt. Aber dann soll man nicht herummeckern über dieses und jenes, weil in Wirklichkeit passt es ja, lieber Stefan.

Dr. Csar zitierte das richtig – das hast uns du lieber Stefan auch schriftlich mitgeteilt. Es gibt ein Mail von Anfang November von dir. Dass ihr es euch drei oder vier Tage vorher wieder anders überlegt habt – immerhin war die Besprechung am Freitag vor der Budgetsitzung am Montag, d.h. einen Werktag vorher, wo ihr sagtet, das wollt ihr noch geändert haben, ist eine andere Geschichte. Das akzeptieren wir aber, weil es jeder Fraktion frei steht zu sagen, wir wollen das mit dabei haben. Das ist in Ordnung.

Wogegen ich mich schon verwehren möchte, weil es unfair ist gegenüber den Beamten, dass wir mit der Strukturreform etwas erschwindeln würden. Informiere dich bitte bei Herrn Finanzdirektor Dr. Barth, was uns die Strukturreform und was uns die Aufgabenreform an Cash tatsächlich brachte. Millionen! Das kann er dir bestätigen. Wenn ihr deswegen der Beamtenschaft in diesen Zusammenhang vorwerft man gehe nicht sorgfältig mit der Wahrheit um – so wie ich das zumindest verstand –, dann muss ich mich schon vor die Beamtenschaft stellen. In diesem Zusammenhang leisteten wir eine herausragende Arbeit. Die Strukturreform war absolut notwendig das Haus Magistrat wieder modern und fit zu machen. Wir bekamen seitens der Mitarbeiter viel Unterstützung. Dass die SPÖ es in 15 Jahren nicht einmal schaffte eine Dienststelle für Facilitymanagement einzurichten, ist zwar nachvollziehbar, weil es viele widersprüchliche Interessen gibt. Tatsache ist jedoch, es war schon lange notwendig und wir haben es halt in der Koalition umgesetzt. Lieber Peter Csar, in diesem Zusammenhang, wenn man den

Medien glauben soll, bist du ein großer Kritiker. Nur den Medien kann man eben nicht alles glauben, insofern muss ich das einmal betonen.

Zur Schülerstatistik, lieber Johnny: Tatsache ist, die Schülerzahlen gingen in den Volksschulen zurück. 2003 waren es 2700 Schüler, 2016 nur mehr 2300 Schüler. D.h. wir haben 400 Schüler weniger als im Jahr 2003. Wenn sie überlegen, durchschnittliche Klassenzahlen sind 20 Schüler pro Klasse, dann sind das 20 Klassen weniger. Obwohl wir 20 Klassen weniger haben, redet die SPÖ immer davon eine neue Schule zu errichten. Das brauchen wir jetzt nicht. Hier bin ich beim Kollegen Hufnagl, der sagt, vielleicht brauchen wir das in fünf Jahren auf weiter Sicht – das kann schon sein. Aber wir können nicht jetzt Geld ausgeben für etwas, was wir jetzt nicht brauchen. Geben wir es doch dann aus, wenn wir es brauchen. Verantwortungsvolle Budgetpolitik heißt schlichtweg die Dinge in Ordnung halten und dann das Geld auszugeben für die Dinge, die aktuell benötigt werden.

Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Budget und in der Folge um gemeinsame Abarbeitung. Das steht im Vordergrund. Vielleicht können wir bei dieser Abarbeitung sowohl die SPÖ als auch die GRÜNEN, vielleicht auch die NEOS, von dem einen oder anderen Sachantrag überzeugen, wo wir sagen, das ist in dieser Form budgetiert, trotzdem sinnvoll und deswegen gehen wir gemeinsam zum Wohle der Bürger mit diesem Beschluss mit.

Der Antrag (Anlage 5) zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

	<u>20 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>11 Nein-Stimmen</u> (SPÖ-Fraktion, NEOS)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Der Zusatzantrag (Anlage 6) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>12 Ja-Stimmen</u> (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>20 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
und	<u>2 Stimmenthaltungen</u> (NEOS, GR. Mag. Sönser)

abgelehnt.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2018

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentalausschuss vom 06.02.2018:

Die beantragte Kreditüberschreitung (Anlage 1) wird genehmigt.

StR. Lehner: Nachdem bei der letzten Sitzung der Sachbeschluss intensiv diskutiert wurde, zwei Informationen dazu: Letzte Woche konstituierte sich die Jury. Es sind 22 planende Architekten für diesen Ideenwettbewerb eingeladen. Am 20. März 2018 gibt es eine Veranstaltung, wo die Anrainer und Interessierte über das Gesamtprojekt informiert werden.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese Erklärungen. Stefan Ganzert hat uns völlig zu Recht darüber aufgeklärt, dass im Ausschuss die SPÖ-Fraktion sich zu diesem Punkt mit drei Stimmen enthielt.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

gegen 24 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
10 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

6.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend personelle Aufstockung der Polizei Wels;
Resolution an den Landespolizeikommandanten für OÖ
Verf-015-I-8-2018

Vzbgm. Kroiß: Dieser Tagesordnungspunkt ist ein gemeinsamer Antrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion bezüglich einer Resolution an den Herrn Landespolizeikommandanten für Oberösterreich betreffend Personalaufstockung bei der Polizei Wels.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Zuhörer im Saal! Einige von ihnen werden sagen der Antrag bzw. die Forderung kommt uns/kommt mir bekannt vor. Sie haben Recht. Das Thema Personalaufstockung bei der Polizei Wels ist ein Dauerthema. Wir verabschiedeten schon viele Resolutionen mit dem Ersuchen bzw. der Forderung nach mehr Polizei. Der Wunsch der Welser Bevölkerung nach mehr Polizeipräsenz auf den Straßen ist fast allgegenwärtig. Es sind sich alle Fraktionen einig, die gewünschte vermehrte Präsenz auf der Straße hebt das subjektive Sicherheitsgefühl bzw. kann die Schere zwischen subjektivem und objektivem Sicherheitsgefühl schließen.

Diese verstärkte Präsenz ist gleichsam ein Abschrecken für jene, die Unrechtes planen oder gegen das Gesetz handeln wollen und ist daher eine der wichtigsten Präventionsmaßnahmen der Polizei Wels. Aber aufgrund der derzeitigen

Personalsituation und des Arbeitsanfalles ist die Polizei nur schwer in der Lage diesen Wünschen nachzukommen. Nicht nur auf der kommunalen Ebene ist das Thema Sicherheit und Personal von großer Bedeutung, auch die Bundesregierung hat die Zeichen der Zeit erkannt und angekündigt, dass in den nächsten Jahren 4.100 neue Beamte für die Polizei kommen sollen.

Besonders wichtig ist die Schaffung von 2.100 zusätzlichen Planstellen und 2.000 sogenannten Ausbildungsplanstellen. Warum? Weil angehende Polizisten geschult werden können, obwohl keine Planstelle frei ist. Damit kann man einer kommenden Pensionswelle ein wenig entgegenwirken. Diese prekäre Personalsituation betrifft nicht nur die Polizei Wels sondern generell die Polizei in Österreich. Deswegen ist es uns wichtig uns rasch zu Wort zu melden und rechtzeitig unseren Bedarf anzumelden, dass wir in Wels mehr Polizei benötigen. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

StR. Reindl-Schwaighofer: Diesen Antrag brachten wir schon öfters ein. Natürlich werden wir ihn unterstützen. Wir brauchen Sicherheit in unserer Stadt, d.h. ausreichend Personal für Streifgänge usw. Irritiert bin ich deswegen ein bisschen, weil es ein Thema ist, welches von uns allen bereits angesprochen wurde und deshalb hätte auch ein gemeinsamer Antrag (vermutlich alle fünf Fraktionen) eingebracht werden können, der vom gesamten Gemeinderat getragen worden wäre.

Wenn wir schon von Zusammenarbeit bei wichtigen Themen reden, wäre das eine gute Vorgangsweise, um mehr Effizienz zu erzielen.

StR. Hoflehner: Aus der Sicht des Verkehrsreferenten möchte ich diese Diskussion insofern erweitern, dass bei der Einhaltung der Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung ein subjektives Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung besteht und die Präsenz der Polizei sichtbar entlang der Straßenverkehrswege ein ganz wichtiger Aspekt ist. Hier steht nicht das „Strafen“ im Vordergrund sondern der Aspekt des Einhaltens der Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung.

GR. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion hat nicht nur den Antrag mitformuliert sondern wird ihn auch vollinhaltlich unterstützen. Es ist uns wichtig, dass wegen der Vorfälle in der letzten Zeit – am Wochenende hörten wir davon, dass eine größere Schlägerei vor einer Diskothek stattfand – es unbedingt notwendig ist, dass mehr Polizisten in Wels Dienst versehen. Dementsprechend brauchen wir eine starke Personalausstattung und ich hoffe, dass wir mit dieser Resolution Unterstützung bekommen, möglichst rasch entsprechende Polizisten für den Streifendienst, für die Sicherheitserhöhung in Wels zu bekommen. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Förderung und Unterstützung der Sicherheit in Wels.

Vzbgm. Kroiß: Natürlich ist auch die Verkehrsüberwachung ein Teil der Präsenz und Prävention der Welser Polizei.

Der Initiativantrag (Anlage 8) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

7.)

Initiativantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Einrichtung von Deutschförderklassen für Kinder
mit Sprachdefiziten; Resolution an das Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Verf-015-I-12-2018

Vzbgm. Kroiß: „Ohne Deutsch keine erfolgreiche Integration“ wurde heute am Beginn dieser Sitzung schon festgestellt. Das Beherrschen der deutschen Sprache und die Bildung sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Aber, wie stellte Unterrichtsminister Heinz Faßmann fest, das Problem besteht darin, dass so viele Kinder dem Unterricht nicht folgen können. In Wels ist dieses Problem ganz besonders ausgeprägt. Rund 30 % der Welser Volksschüler können dem Regelunterricht nicht folgen und werden als außerordentliche Schüler geführt. 30 % - 1/3 der Welser Volksschüler kann dem Regelunterricht nicht folgen. Das sind in Wels 725 Schüler.

Unterrichtsminister Heinz Faßmann stellte weiters fest: „Das Problem ist so ernsthaft, dass wir keine Zeit verlieren dürfen.“ Er hat Recht – wir dürfen gerade in Wels keine Zeit verlieren, weil wir im Oberösterreichvergleich negativ führend sind. Der oberösterreichische Durchschnitt liegt bei 11,64 %, Linz-Stadt hat 25 %, Vöcklabruck 3 %, Gmunden 5 %. Hier liegen Welten dazwischen! Daher müssen wir sämtliche Möglichkeiten zur Verbesserung der sprachlichen Ausbildung nützen.

Genau darum geht es uns bei diesem Antrag. Wir möchten eine Resolution an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung verabschieden, dass im Schuljahr 2018/2019 im Bezirk Wels-Stadt mit seinen hiesigen Pflichtschulen Deutsch-Förderklassen für Kinder mit Sprachdefiziten mit eigenem Lehrplan und entsprechenden Stunden eingerichtet werden. Wir erhoffen uns dadurch natürlich eine große Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache und damit wirklich einen raschen Wechsel in den Regelunterricht. Für uns ganz besonders wichtig ist, dass nach einer gewissen Zeit diese Sprachförderklassen in Wels evaluiert werden und Wels als Musterregion herangezogen wird um zu sehen, was brachten diese Maßnahmen tatsächlich, konnten wir mit diesen Maßnahmen diese Schüler früher in den Regelunterricht geben. Ich ersuche sie um Diskussion und Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

GR. Mag. Simunovic: Es ist wichtig, dass die Schüler gut Deutsch lernen. Der Ministerrat fixierte Pläne für Deutschklassen. Volksschüler mit Sprachdefiziten sollen ab dem Herbst 15 Stunden pro Woche in Deutsch unterrichtet werden. In den Neuen Mittelschulen sind es 20 Stunden pro Woche. Parallel dazu besuchen die Kinder den Regelunterricht in weniger sprachintensiven Fächern, wie Turnen und Werken. Nach einem erfolgreichen Sprachtest kann die Rückkehr in die Regelklassen erfolgen. Sogar ein standardisierter Test findet vor der Schuleinschreibung statt. Nach jedem Semester wird überprüft, ob die Deutschkenntnisse zufriedenstellen sind.

Ich habe den Eindruck, dass dieser Antrag noch einmal überprüft und überlegt werden soll. Betreffend den angeführten Daten muss ich sagen, sie werden schon stimmen, aber ich kann es mir schlecht vorstellen, warum in Vöcklabruck 3,35 % als außerordentliche

Schüler eingestuft werden und in Wels 29,40 %. Das veranlasst mich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung des Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss zu stellen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Simunovic auf Zuweisung des Initiativantrages an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 11 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
19 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Huber, GR. DI. Haydinger, GR. Ganzert und GR. Wildfellner sind bei der Abstimmung zu diesem Antrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Hufnagl: Das vorgestellte Konzept von ÖVP-Minister Heinz Faßmann sieht eigene Förderklassen vor. Es sieht auch vor, dass der Kontakt zur Regelklasse dabei erhalten bleibt. Wie das funktionieren soll, hörte ich gerade das erste Mal vom Kollegen Mag. Simunovic. Mir war das bisher nicht klar. Wenn es um einen Ausschluss der Schüler von den Klassen geht, sind wir absolut dagegen. Wenn es um eine effektive Hilfestellung für eine rasche Integration geht, um eine temporäre Hilfestellung, können wir als NEOS sicher mit. Wie gesagt, die Betonung ist temporär unter Einbindung in die normale Regelklasse. Wenn die Schüler für diese 30 % aus der Klasse genommen werden würden und dafür eigene Klassen eingerichtet werden, können wir NEOS nicht mit. Vielleicht kann das wer erklären, wie das wirklich funktionieren soll.

GR. Mag. Teubl: Sie werden vielleicht von uns erwarten, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen. Das ist nicht der Fall. Wir werden dem Antrag sehr wohl zustimmen, und zwar deshalb, weil wir sehen, dass in manchen Situationen kein anderer Ausweg bleibt. Wir halten diese Integration von Schülern, die Deutsch lernen sollen, natürlich nicht für den besten Weg. Aber eine Integration ist nur dort möglich, wo der Anteil der Deutschlerner an der Gesamtheit der Schüler einer Klasse einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreitet. Das ist uns völlig klar. Wir würden uns dagegen wehren, wenn solche Schüler, die aus Klassen stammen, wo ohnedies 20/30 % „Nichtmuttersprachler“ sind, herausgenommen werden aus dem Regelunterricht und in eigenen Klassen unterrichtet werden. Sobald mehr als die Hälfte in einer Klasse nicht ausreichend Deutsch als Grundlage für den Unterricht versteht oder spricht, kann man natürlich nicht mehr von einem Unterricht sprechen, der für alle Erfolg bringend ist. Dann gibt es eigentlich nur diese Lösung und deshalb gibt es von uns keine Ablehnung. Wir möchten das schon klarstellen, dass das nur die Ultima Ratio ist dort, wo es nicht anders geht – in Klassen, wo tatsächlich der Anteil an Muttersprachler mit zu geringen Deutschkenntnissen die Hälfte mindestens übersteigt.

GR. Scheinecker: Mit diesem Antrag habe ich ein bisschen ein Problem – einerseits gebe ich Kollegen Mag. Teubl Recht. Man kann nur dort integrieren, wo genügend Schüler vorhanden sind, die wir integrieren wollen. Problem habe ich dennoch diesem Antrag zuzustimmen, weil mir die Diskussion über Kompetenzen fehlt in Hinsicht wie dieser Lernplan aussieht: Haben wir dann dieses Zwei-Schienen-Modell? In einem Teil vermitteln wir nur mehr Deutsch? Schaffen wir auch in anderen Fächern die gleichen

Kompetenzen aufzubauen, wie ihre Kollegen im Regelunterricht? Mir fehlt dieses Wissen wie die Lehrpläne, wie die Deutsch-Förderklassen ausschauen sollen und wie die Überführung in den Regelunterricht passiert. Es steckt noch sehr viel Diskussionspotential dahinter.

Meine persönliche Erfahrung hält mich ab diesem Antrag zuzustimmen. Ich mache gerade die Ausbildung für den Deutsch-Unterricht als Zweitsprache und habe sehr viele Kollegen, die selbst Pädagogen sind und u.a. an den Neuen Mittelschulen unterrichten. Diese sagen die Kompetenz der Pädagogen ist ein ganz großes Problem. Eines davon ist, dass wir ganz wenig über den mehrsprachigen Unterricht wissen und die Kompetenzen den Pädagogen noch nicht mitgegeben wurden in ihrer Ausbildung.

Es gibt ganz viele Seiten, die wir in die Diskussion einbringen sollten. Wenn wir Klassen haben, wo 25 Kinder kein Deutsch sprechen, dann ist es gut Mittel zur Verfügung zu haben und zu schauen, dass diese Kinder Deutsch lernen um den Regelunterricht zu folgen. Ehrlicherweise glaube ich, dass dies eine sehr kurze Diskussion ist, mit sehr wenigen Fakten und Unterfutter im Moment geführt wird, weshalb die SPÖ-Fraktion sich der Stimme enthalten wird.

GR. Stojanovic, BSc: Auf die gemachten Ausführungen möchte ich gar nicht mehr eingehen, sondern möchte sie einfach an einer kurzen Geschichte teilhaben lassen. Ein Mädchen, ca. 10 Jahre alt, kommt nach Österreich. Sie spricht kein Deutsch. Ihre Eltern können ihr dabei nicht helfen Deutsch zu erlernen. Sie muss in die Schule gehen. Der erste Tag nähert sich und sie kommt in ihre Klasse. Die Lehrerin spricht sie an, doch sie versteht kein Wort. Sie kann sich auch nicht mit den Mitschülern unterhalten. Das ist natürlich am allerschwierigsten. Sie versteht nichts, für sie ist alles neu und fremd.

Es vergehen Tage, vielleicht Monate, sie kann sich weiterhin mit den Schülern und der Lehrerin nicht verständigen. Am Unterricht teilzunehmen tut sie sich schwer, weil sie eben die deutsche Sprache nicht spricht. Die Lehrerin versucht sie miteinzubeziehen in den Regelunterricht, aber es ist schwer, sie spricht immer noch kein Deutsch. Stellen sie sich vor, wie es dem Mädchen geht. Sie ist womöglich traurig und zieht sich zurück, denkt bei jedem Lachen der anderen Mitschüler, worüber sie wohl lachen. Es vergehen vielleicht noch weitere Wochen und Monate. Mit viel Mühe versucht sie ein Wort nach dem anderen auf Deutsch zu sprechen, aber es ist immer noch schwer. Was glauben sie, würde sich dieses Mädchen lieber wünschen in einer speziellen Deutsch-Förderklasse intensiv daran zu arbeiten Deutsch zu erlernen oder würde sie es lieber haben sich das selbst zu erkämpfen in einer Umgebung, wo sie nicht verstanden wird?

Glauben sie mir, dieses Mädchen war ich auch einmal, genau mit 10 Jahren. Ich hätte mir nichts sehnlicher gewünscht als jemanden zu haben, der mich dabei unterstützt, und zwar intensiv dabei unterstützt die deutsche Sprache zu erlernen. Das sollte ihnen nur als ein Beispiel dienen, warum wir unbedingt diese Deutsch-Förderklassen benötigen. Daher bin ich sehr für diese Deutsch-Förderklassen. Ein Instrument, welches wir nicht schlechtreden sollen sondern diese Möglichkeit nutzen und Kindern mit Sprachdefiziten intensive Unterstützung anbieten, damit sie so rasch wie möglich den Status des außerordentlichen Schülers los werden und dem Regelunterricht folgen können. Denn nur wer ausreichend Deutsch sprechen kann, hat einen wesentlichen Schlüssel in der Hand für die erfolgreiche Integration und ein geordnetes Zusammenleben mit allen.

Mit diesen Klassen kann mangelnder Kommunikationsmöglichkeit entgegen gewirkt werden. Die Kinder können rasch die deutsche Sprache erlernen und dem Unterricht folgen. Nicht davon zu reden, dass neben den integrativen Auswirkungen gute Sprachkenntnisse die Möglichkeiten in der Berufswelt verbessern und die Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit senkt. Es wäre sehr erfreulich, wenn die Bundesregierung diese Reform rasch umsetzen würde. Daher fordern wir bereits im Schuljahr 2018/2019 einen eigenen Lehrplan in den Welser Pflichtschulen einzurichten. Wer noch immer sagt, wir brauchen diese Sprachklassen nicht, den kann ich beim besten Willen nicht verstehen.

Zu der angesprochenen expliziten Ausbildung der Pädagoginnen muss ich sagen, nein – diese braucht man nicht. Mit Kindern muss man nur intensiv arbeiten. Wenn man den Kindern täglich ein paar Stunden ein Buch vorliest, die deutsche Schrift erklärt oder kindergerechte Zeichentrickfilme anschaut, lernen die Kinder sehr schnell. Lässt man sie jedoch in einzelnen Klassen alleine stehen und hofft, dass sie vielleicht nach eineinhalb oder zwei Jahren so weit sind, dass sie in Deutsch, Mathematik, Englisch oder anderen Fächern benotet werden können, finde ich, dass wir damit die Kinder einfach in Stich lassen.

StR. Lehner: Olivera Stojanovic schilderte eindrucksvoll wie es Kindern ergehen kann, die nach Wels kommen und die deutsche Sprache nicht verstehen. Es ist unsere Aufgabe als Gemeinderäte alles zu unternehmen die Pädagogen zu unterstützen, dass sie Kinder in ihre Klassen bekommen, die auch eine Chance haben dem Unterricht zu folgen, weil sie entsprechend Deutsch können. Es ist entscheidend die Eltern zu unterstützen, aber vor allem die Kinder.

Wir beschließen eine Resolution, die aufzeigen soll, dass wir in Wels Unterstützung für die Kinder, für die Pädagogen und für die Eltern brauchen. Die Details, wie diese Deutschförderklassen organisiert werden, wie sie finanziert werden, wie der Lehrplan aussehen soll, liegen ganz konkret beim Bund. Bei uns liegt es ein klares Signal aus Wels zu senden, wir brauchen Deutschförderklassen - und das so schnell wie möglich.

GR. Scheinecker: Eines möchte ich richtigstellen: Es ist ja nicht so, dass jetzt Kinder in der Schule sind und überhaupt keine Deutschförderung bekommen. Sie bekommen außerhalb des Regelunterrichts Deutschförderung. So ist es jetzt nicht, wie von dir Olivera geschildert, dass mit den Kindern in den Klassen die deutsche Sprache nicht gefördert wird.

Es ist keine Resolution dafür zu sagen, wir sind grundsätzlich der Meinung die deutsche Sprache gehört gefördert, sondern es ist dezitiert eine Resolution für Deutschförderklassen. Ich bin mir persönlich nicht sicher, ob Deutschförderklassen der beste Weg sind um die Sprachkompetenzen zu fördern. Unser Sprachwissen funktioniert so, dass dieses Wissen auf dem Grundstock der Muttersprache aufbaut. Wir haben ganz oft Probleme damit, dass die Kinder in ihrer eigenen Muttersprache keinerlei Kompetenzen haben, dann quasi Deutsch als Fremdsprachenunterricht haben. Jeder, der von uns einmal eine fremde Sprache lernte weiß, ich verbinde alles mit meiner Muttersprache. Wenn ich beispielsweise in meiner Muttersprache Probleme bzw. Andockschwierigkeiten habe, dann wird die Erlernung einer anderen Sprache schwer sein.

Natürlich gehört diese Resolution beschlossen, doch ich muss nicht voraussetzen und sagen, Deutschförderklassen ist das neue Team, wenn ich noch nicht einmal weiß wie die Deutschförderklassen und diese Lehrpläne ausschauen. Das würde mich persönlich schon interessieren, bevor ich sage, ja, das ist das was wir brauchen. Nicht mehr und nicht weniger.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Bgm. Dr. Rabl: Die Wortmeldung von GR. Scheinecker veranlasst mich einige Worte zu sagen. Es wird einmal mehr ein Märchen erzählt, nämlich dass ich zum Erwerb einer Sprache eine andere Sprache als Basisgerüst brauche. Dafür gibt es definitiv keinerlei Nachweis. Weshalb die ganzen Investitionen in Sprache, zuerst muss ich serbokroatisch lernen und erst wenn ich das kann, kann ich darauf aufbauend eine zweite Sprache lernen, nicht richtig sind. Warum? In Wels wird nicht serbokroatisch gesprochen und auch nicht deutsch, sondern ein Konglomerat, ein Gemisch. D.h. er kann seine Muttersprache und die deutsche Sprache nicht ordentlich. Dann ist es naturgemäß sinnvoll sofort die deutsche Sprache zu erlernen und nicht Investitionen zu tätigen in die Ausbildung der „Muttersprache“, weil es die Muttersprache in ihrer klaren Form gar nicht mehr gibt. Deswegen ersuche ich das auch zu berücksichtigen. Zu diesem Thema sprachen wir mit dem Integrationsrat – es gibt keinen einzigen Beleg. Ich möchte mit diesem Gerücht endlich einmal aufräumen - bitte das in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Vzbgm. Kroiß: Was den Beschluss des Ministerrates anlangt, ja, es wurde im Ministerrat beschlossen. Uns geht es darum ein Zeichen zu setzen, dass wir als Stadt Wels diese Deutschförderklassen wollen. Alleine die heutige Diskussion zeigt, es gibt unterschiedliche Auffassungen. Danke Kollegin Stojanovic, die ihre eigene Geschichte so treffend brachte. Genau daraus ersehen wir, wir brauchen die Deutschförderung.

Zu Kollegen Hufnagl: Meines Wissens läuft das so ab: Wird von der Schulleitung bei der Einschreibung festgestellt, dass Mängel in der deutschen Sprache bestehen, werden die Kinder einem einheitlichen standardisierten Test unterzogen. Ergibt dieser Test, dass die Kinder dem Unterricht nicht ausreichend folgen können, wird das Kind als außerordentlicher Schüler eingestuft und kommt in eine eigene Deutschförderklasse. 15 Wochenstunden in den Volksschulen, 20 Wochenstunden in den Neuen Mittelschulen wird nach eigenem Lehrplan Deutsch unterrichtet. Für Gegenstände, wie Zeichnen, Musik und Turnen werden die Kinder altersgemäß anderen Klassen zugeteilt. So soll es erworbene Kenntnisse in der Kommunikation mit Gleichaltrigen anwenden.

30 % der Welser Volksschüler können dem Regelunterricht nicht folgen. Ich ersuche sie daher um Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 9) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 23 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
10 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Ganzert war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

8.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels, Hamerlingstraße 3-5;
Tätigkeitsbericht 2017
BZ-FW-09-2018

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 12.02.2018:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2017 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2017 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

GR. Hacker: Im Namen der ÖVP-Fraktion Wels darf ich der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels und den beiden Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG ein herzliches Dankeschön und unsere hohe Anerkennung aussprechen. Die Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG vermitteln im Zusammenwirken mit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels ein noch verbessertes Sicherheitsgefühl für unsere Welser Bevölkerung. Schnell, professionell und freiwillig – dieses Motto der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels kann nicht hoch genug gelobt werden. Die bestgeschulten Profis sind Tag und Nacht einsatzbereit, egal ob es jetzt die Brandbekämpfung oder eine technische Hilfeleistung ist.

Oftmals geraten Menschen in unserer Stadt in dramatische Situationen, etwa durch schwere Unfälle. Schwerstverletzte oder sogar Tote müssen geborgen werden. Meine Damen und Herren, auf die von Herrn Feuerwehrkommandanten Branddirektor Ing. Franz Humer ausgezeichnet geführte Mannschaft ist jedenfalls Verlass. Nochmals ein herzliches Dankeschön an alle Kameraden. Alles Gute für die künftige Arbeit!

GR. Kroiß: Es freut mich außerordentlich dieses Jahr die Glückwünsche an die Feuerwehren aussprechen zu dürfen. Als Welser sind wir sehr stolz die größte Freiwillige Feuerwehr Österreichs beheimaten zu dürfen und ebenfalls die Betriebsfeuerwehren Fritsch und Energie AG. Zu wissen, dass zu jeder Tages- und Nachtzeit jemand vor Ort ist, der einem hilft wenn es notwendig ist, lässt einen beruhigt schlafen oder kochen.

Lieber Franz, richte deinem Team und allen Freiwilligen unseren Dank aus. Wir sehen es nicht als selbstverständlich an, dass ihr für uns und für die Bevölkerung täglich vor Ort seid.

GR. Kittenbaumer: Es ist mir persönlich eine große Ehre heute die Dankesworte an die Freiwillige Feuerwehr Wels, die Betriebsfeuerwehr Fritsch sowie die Betriebsfeuerwehr Energie AG richten zu dürfen. Die Welser können wirklich stolz sein die betriebsstärkste Freiwillige Feuerwehr Österreichs in der Stadt zu haben.

Der Jahresbericht 2017 zeigt uns wieder einmal mit wieviel ehrenamtlichem Engagement alle Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen den Menschen in Not zu Hilfe eilten. Es waren insgesamt 2.414 Einsätze, das sind fast 7 Einsätze täglich. Diese Leistung ist wirklich sehr beeindruckend.

Tagtäglich gehen die Kameraden ein sehr hohes Risiko ein, um der Bevölkerung zu helfen. Das nicht nur bei Schönwetter oder von 07.00 bis 16.00 Uhr. Nein! Auch am Abend und an Wochenenden und natürlich bei jeder Witterung, wie man vor kurzem dem Einsatzbericht bei -11 Grad der Bachenteisung entnehmen konnte.

Jeder Einsatz, der von allen Feuerwehren geleistet wird, stärkt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Gut, dass es euch gibt!

Die Hauptfeuerwache in Wels gibt es seit nunmehr 32 Jahren. Die über 55.000 Besucher, darunter knapp 25.000 Schüler in diesen 32 Jahren, zeigen mir wie groß das Interesse der Bevölkerung an der Freiwilligen Feuerwehr Wels ist. Das freut mich wirklich sehr. Ganz besonders möchte ich die Leistungen des Feuerwehrkommandanten Branddirektor Ing. Franz Humer hervorheben. Er gilt als Förderer der Jugend, ist Vorreiter im Feuerwehrwesen und genießt höchstes Ansehen auf Bundes- und Landesebene. Herr Kommandant, ich bitte sie um Weitergabe der Glückwünsche an alle Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen. Jeder eurer Einsätze wird von uns wertgeschätzt. Ihr leistet wirklich großartige Arbeit – bitte weiter so! Der Dank der SPÖ-Fraktion gilt der Freiwilligen Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch sowie der Betriebsfeuerwehr Energie AG.

GR. Mag. Teubl: Im Namen der GRÜNEN-Fraktion möchte ich den Welser Wehren unseren Dank aussprechen. Es geht ja nicht nur um die Bekämpfung des Feuers sondern getreu dem Wahlspruch „Retten, Bergen, Löschen, Schützen“ um viel mehr. So können wir tatsächlich froh sein, dass wir in Wels gut ausgestattet sind mit gleich drei Feuerwehren, wobei natürlich die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels im Mittelpunkt steht.

Die Gelegenheit möchte ich nutzen als Vorsitzender des Kontrollausschusses mich bei der Freiwilligen Feuerwehr Wels zu bedanken, denn wir hatten im Ausschuss einen Kontrollbericht über die Tätigkeit der Feuerwehr, der ergab, dass sowohl organisatorisch als auch finanziell alles sehr gut aufgestellt ist. Dafür ein herzliches Danke.

GR. Hufnagl: Im Namen der NEOS möchte ich mich bei der Welser Feuerwehr recht herzlich für die Leistung und den Einsatz bedanken, und zwar bei allen drei Feuerwehren, der Freiwilligen Feuerwehr Wels, der Betriebsfeuerwehr Fritsch und bei der Betriebsfeuerwehr Energie AG. Herzlichen Dank, ihr leistet eine sehr tolle und vor allem wertvolle Arbeit für die Gesellschaft, für die Welser. Ihr seid immer da, wenn man euch braucht, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Herzlichen Dank und weiter so!

Vzbgm. Kroiß: Auch ich bedanke mich vorerst bei allen Fraktionen für die wirklich lobenden und aner kennenden Worte, kann es nur bekräftigen und bestärken. Unsere Feuerwehren sind wirklich top und sie sind gerade in vielen Bereichen federführend für ganz Österreich.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Ich übernehme wieder den Vorsitz und möchte mich den Dankesworten anschließen. Es ist eine unglaublich tolle Leistung! Bitte das an die Kameraden weiterzuleiten.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;
Tätigkeitsbericht 2017
BZ-FW-10-2018

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 12.02.2018:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2017 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2017 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Betriebsfeuerwehr Energie AG, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2017
BZ-FW-11-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 12.02.2018:

1. Der beiliegende Jahresbericht 2017 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Energie AG wird für ihre Leistungen im Jahre 2017 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl unterbricht die Gemeinderatsitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 18.01 bis 18.08 Uhr.

11.)

RSW Radsport Wels GmbH;
Subventionsvereinbarung für die Jahre 2018 bis 2022
BK-Sport-144-2018

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 12.02.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die zwischen der Stadt Wels und der RSW Radsport Wels GmbH abgeschlossene beiliegende Subventionsvereinbarung beschließen.

GR. Prähofer: Ansprechen möchte ich kurz welches Image und welche Effizienz man durch gezieltes Sportsponsoring oder Sportsubventionen erreichen kann. Der Radsport ist aktueller denn je sowohl im Breiten- wie auch im Spitzensport. Im Breitensport erreicht man damit Menschen aller Generationen, auch der Umweltaspekt ist sehr positiv besetzt.

Im Spitzensport zählt der Radsport zu den erfolgreichsten international. Das nicht nur in West- und Mitteleuropa sondern auch immer mehr im Osten und in den USA. Schaut man sich die Tour de France an, ist das eigentlich die größte sportliche Veranstaltung der Welt, die jährlich stattfindet.

Die Fähigkeit des Sports die Menschen miteinander zu verbinden und zu Zielen und Leistungen zu motivieren, ist topaktuell. Nicht umsonst investieren namhafte und weltweit agierende Unternehmen fast ihr ganzes Werbebudget in diesen Bereich.

Wir sagten, wir wollen Wels als Marke positionieren. Marken brauchen auch einen Inhalt, wie sie sich in der Vielfalt der Medien und auch der Zielgruppen profilieren können. Der Sport ist hier einer der emotionalsten Möglichkeiten dazu.

Der RSW nimmt mit seinem Team jährlich an rund 60 zum Teil internationalen Rennen teil. Für einen Unterstützer bedeutet das ganz ein enormes, fast unbezahlbares Potential an Kontaktchancen mit den Bürgern und den Konsumenten. Das schlägt sich in Zahlen so nieder, dass im Jahr 2014 der Medienwert des RSW bei über 820.000 Euro gelegen ist und der ist sicher 2018 wesentlich höher. Das in Form von klassischer Werbung selbst zu finanzieren ist sicher eine kostspielige Angelegenheit.

Wir sollten eines auch noch beachten: Es ist eine große Chance Wels als Rennradregion in Österreich zu etablieren. Dazu helfen natürlich solche Events wie die Österreich-Rundfahrt, wo wir wiederum hunderttausende Menschen erreichen können und jedes Mal wird hier die Stadt Wels mittransportiert.

GR. Mag. Humer: Auch wir stimmten im Ausschuss dieser Subventionsvereinbarung zu. Das Team Felbermayr Simplon Wels ist nicht nur in Österreich sehr erfolgreich, sie treten auch auf europäischer Ebene auf. Natürlich können wir trefflich darüber diskutieren, sollen wir nur als öffentliche Hand Nachwuchs fördern und wie schaut es mit der Förderung des Spitzensportes aus. Hier ist es ein Mix aus beiden. Der Referent erwähnte

bereits einerseits dieses sehr starke Nachwuchsteam des Vereines, andererseits die Elite.

Die Jugend braucht Vorbilder. Die Spitze des Vereines liefert letzten Endes auch wieder den Nachwuchs. Der Radsport ist sehr gesund. Paul Resch, ich schätze ihn sehr, ist im Radsport sehr engagiert. Er schaffte es zum zweiten Mal, dass die Österreich Radrundfahrt in Wels endet. Er sagt immer: Radfahren ist eines dieser Sportarten, die keine Infrastruktur braucht. Man fährt immer auf der Straße. Damit hat er Recht.

Wir werden dem zustimmen. Natürlich gilt dies für fünf Jahre. Der Sport braucht auch für den Unternehmer eine gewisse Berechenbarkeit. Hoffen wir, dass das Team Felbermayr bei den Radweltmeisterschaften heuer im September in Tirol erfolgreich sein wird.

Vzbgm. Kroiß: Dem gibt es nichts mehr zuzufügen. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

12.)

Gemeinnützige Welser Heimstättengenossenschaft, eingetr. GenmbH,
Wels, Laahener Straße 21a; Änderung des Nutzungsvertrages für die
Räumlichkeiten im Objekt Wels, Am Rosenhag 2 (vormals Salzburger
Straße 89), für die Nutzung als Generationentreff
SO-SenB-180000-2018

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 19.02.2018:

Die beigefügte Vertragsänderung zwischen der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Laahener Straße 21a, Wels, und der Stadt Wels, Stadtplatz 1, über die Nutzung von Räumlichkeiten im Erdgeschoß des Objektes Wels, Am Rosenhag 2, für die Nutzung als Generationentreff ist abzuschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

13.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien der Altstadt- und Wirtschaftsförderung Wels 2018 (AWF 2018) beschlossen werden
FD-WF-3100-2017 miterledigt:
BauD-SVP-78-2017

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.02.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügten Richtlinien der Altstadt- und Wirtschaftsförderung Wels 2018 (AWF 2018) beschließen.

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Antrag gibt es einen Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, und zwar soll der § 2 Förderungswerber des Beschlusses ergänzt werden, wie folgt:

Förderungswerber können sein natürliche und juristische Personen, die der Kommunalsteuer (**Wirtschaftsförderungen**) unterliegen und

Bitte diese Ergänzung in die Diskussion mitaufzunehmen.

Vzbgm. Huber: Als Gesundheitsreferentin darf ich kurz die Wirtschaftsförderung zum Anlass nehmen. Gegenstand ist die Förderung von Arbeitsplatzschaffenden oder/und erhaltende Maßnahmen der Wirtschaft in Wels, sprich Wirtschaftsförderung. Ich weiß, im Vorjahr erhielt eine praktische Ärztin, die eine Kassenstelle aufgrund einer Pensionierung übernahm, eine derartige Förderung. Es freut mich, dass Mittel für diese Ärztin gefunden wurden. Ob es sich hierbei um eine klassische Wirtschaftsförderung handelt oder doch eine Förderung sein sollte im Sinne einer strategischen Planung bei der Gesundheitsvorsorge, sollten wir sicher einmal diskutieren. Mit StR. Lehner tat ich es bereits. Meines Erachtens ist gerade in der Versorgung der Welser Bevölkerung mit praktischen Ärzten eine strategische Planung notwendig. Noch immer beschäftigt uns die Frage der Nachbesetzung bei Pensionierungen von praktischen Ärzten. Noch immer ist es schwierig Ärzte in diesem Bereich zu finden, auch wenn die Stadt Wels derzeit 48 Allgemeinmediziner hat, davon 29 mit Kassenvertrag.

Im Vorjahr bot der Herr Bürgermeister seine Unterstützung bei der Suche nach Räumlichkeiten an. Der Bezirksärztevertreter Dr. Raus fungiert als Ansprechpartner in medizinischen Fragen und eine Nachbesetzung konnte zufriedenstellend gelöst werden. Aber auch heuer stehen wieder Pensionierungen an und ich glaube es braucht eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Land, Stadt, GKK und Ärztekammer, um einem Engpass vorzubeugen.

Als „Zuckerl“ helfen uns sicher spezielle Förderungen. Aber, wie gesagt, glaube ich, dass diese Förderungen ganz klar einen Lenkungseffekt im Bereich der praktischen Ärzte mit Kassavertrag haben sollen, im Gesundheitsbereich angesiedelt und auf Sicht eine budgetäre Bedeckung finden sollen. Neben dem finanziellen Zuckerl könnten unsere Überlegungen sein, dass wir es schaffen Ordinationsräumlichkeiten im erdgeschossigen Wohnbau auch in Raumordnungsverträge niederzuschreiben. Ich glaube also es braucht ein Gesamtpaket, wo wir gemeinsam aktiv werden sollten. Mit dem Wirtschaftsreferenten vereinbarte ich bereits gemeinsame Überlegungen anzustellen und beim Finanzreferenten vorstellig zu werden.

GR. Hufnagl: Ich habe gerade vernommen, dass der Text zum Thema Förderungswerber abgeändert wird. Habe ich das richtig verstanden?

StR. Lehner: Es kommt nur das Wort „(Wirtschaftsförderungen)“ bei der Kommunalsteuerpflicht dazu, damit das nicht die Altstadtförderungen auch betrifft in der Interpretation des Textes.

GR. Hufnagl: Die Formulierung „die der Kommunalsteuer unterliegen“ ist schwierig, weil es Unternehmen gibt, die nicht unbedingt Kommunalsteuer zahlen. Oder Ein-Personen-Unternehmen zahlen auch keine Kommunalsteuer. Wir sollten uns überlegen, ob wir das nicht anders, besser formulieren könnten.

Ein zweiter Punkt viel mir noch auf, und zwar die Formulierung zum Geltungsbereich ist meines Erachtens ein „Gummiparagraph“. Es steht: „Darüber hinaus können einzelne Objekte bzw. Objektgruppen außerhalb der Kernzone I, soweit sie für das charakteristische Gepräge des Stadtbildes von besonderer Bedeutung sind, gefördert werden.“ Das kann jetzt alles oder nichts heißen. Eine genauere Formulierung würde ich mir wünschen.

Eine weitere Anmerkung: Betriebe, die aus den Bereichen Wett- und Glückspiel, Bank-, Kredit- und Versicherungswesen, Immobilienwesen, Bauvereinigungen gem. Wohnungsgemeinnützigkeitengesetz sowie Pfandleiher sind von der Förderung ausgeschlossen. Hier wollte ich fragen, ob das überprüft wurde, ob es rechtlich zulässig ist einzelne Unternehmen dezitiert von der Förderung auszunehmen, ob das nicht einem Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Diese drei Punkte ersuche ich zu klären.

GR. Schönberger: Als SPÖ-Fraktion enthielten wir uns im Ausschuss der Stimme, weil wir bei dem auszuschließenden Förderungswerber die medizinischen Versorgungseinrichtungen niedergeschrieben haben wollten. Das aus einem ganz einfachen Grund: Wir sehen nicht ein, dass man das in den Wirtschaftsausschuss verbannt und irgendwo miterledigen lässt - zudem ist das Thema zu wichtig. Ich freue mich, dass die Gesundheitsreferentin sich bereit erklärte für eine der nächsten Gemeinderatsitzungen einen Antrag vorzubereiten für ähnliche Förderungen. Dieser Antrag kann so allgemein gehalten sein wie die Wirtschaftsförderungen.

Die Wirtschaftsförderungen sollten auch einen Lenkungseffekt haben. Wir diskutierten heute sehr lange darüber, wie Integration stattfinden kann und was man für die Integration alles tun muss. Eines der wichtigsten Dinge ist - nachdem GR. Haböck meinte die Menschen sind zu uns gekommen um hier zu arbeiten - die Beherrschung der deutschen Sprache speziell bei Zustellern, Paketdiensten, Postdienstleister, im Service

und in anderen Dienstleistungsberufen. Es hat durchaus einen gewissen Charme, wenn man sich mit dem Kunden auch unterhalten kann. Ein schriftlicher oder mündlicher Arbeitsauftrag würde besser verstanden werden. Wir haben eine Schar von Menschen in Wels, die sich mit der deutschen Sprache und mit dem Kontakt mit Kunden doch sehr abquälen. Es ist anders, wenn ich beispielsweise in einer Seilerei bei den Maschinen arbeite, dann ist vielleicht Sprache nicht so wichtig.

Aber wie wir wissen, wenn Menschen die Sprache als wichtig erachten, die Wertigkeit der Sprache kennen, soll man auch als Wirtschaftsstandort Wels ein Zeichen zu setzen. Ein Lenkungseffekt wäre durchaus bei den Wirtschaftsförderungen auch einzufordern, dass Förderungswerber ihren Mitarbeitern Deutschkurse ermöglichen oder sogar die Kosten dafür übernehmen müssen. Es kommt natürlich immer auf die Größe des Unternehmens an. Man könnte auch den Dienst freistellen, um einen Deutschkurs besuchen zu können. Das hätte einen Lenkungseffekt. Denn wenn ich in der Arbeit Deutsch sprechen muss, dann kann ich meinen Kindern auch vermitteln, ohne Deutsch wirst du keinen Job bekommen. Wenn ich auf der Baustelle den ganzen Tag nichts reden muss oder nur auf das Minimum reduziert, die Sprache dort nicht im Vordergrund steht, dann werde ich den Wert der Sprache auch nicht vermitteln können. Einen Lenkungseffekt können wir erzielen, wenn man das in den Förderungsrichtlinien auch festschreiben würde.

GR. Mag. Sönser: Grundsätzlich ist es der richtige Weg aus der Erfahrung zu lernen. Einen Punkt teile ich mit Kollegen Hufnagl: Die Passage, wonach die Kommunalsteuer eine Antragsgrundlage sei, interpretiere ich jetzt restriktiv. Es geht nur darum, dass man grundsätzlich kommunalsteuerpflichtig ist und nicht dass man Kommunalsteuer erbringt. Ist das so?

StR. Lehner: So ist es. Danke für die Diskussion und für die Fragestellungen. Zu Silvia Huber: Das medizinische Thema ist eine Riesenherausforderung. Österreichweit kämpfen alle Institutionen, auch wir als Stadt Wels, um Ärzte zu bekommen; sei es als Mitarbeiter aber natürlich auch generell um die Bevölkerung zu versorgen als praktische Ärzte oder als Fachärzte. Hier kreative Möglichkeiten zu suchen und zu finden, dazu sind wir aufgefordert. Bis wir diese haben ist es jedenfalls sinnvoll theoretisch Ärzte fördern zu können. Es liegt bei uns als Gemeinderat, als Stadtsenat konkrete Entscheidungen dazu zu treffen.

Zu Markus Hufnagl: Warum gibt es hier eine „Generalklausel“ was das Stadtgebiet umfasst? Das deshalb, weil es immer wieder Vorschläge, Ideen für Gebäude gibt, die außerhalb der Innenstadt liegen und für den Verein Denkmalpflege durchaus schützenswert sind. Wir als Stadt Wels können diese außerhalb des Stadtzentrums liegenden, für die Stadt wichtigen Gebäude, die unser Stadtbild prägen, erhalten. Wenn wir das als Ausschuss, als Stadtsenat, als Gemeinderat feststellen, warum sollen wir uns im Vorfeld schon knebeln und sagen, nur weil er nicht im Stadtzentrum ist, bekommt er definitiv keine Förderung? Das würde ich nicht als gerecht empfinden.

Das Thema Kommunalsteuer ist de facto schon beantwortet. Es geht um die Kommunalsteuerpflicht, nicht um das Abführen von Kommunalsteuer. Das Abführen der Steuern aber generell ist schon Voraussetzung für das Auszahlen der Förderungen. Wenn Steuern nicht bezahlt werden, dann habe ich auch Lenkungseffekte mit meinen Förderungsinstrumentarien.

Das Ausschließen von Banken, Versicherungen etc. ist gelebte Praxis und wurde natürlich die Möglichkeit rechtlich im Haus geprüft. Das stellt kein Problem dar. Ich bekenne mich ganz klar dazu: Wettbüros, Glückspielbüros wollen wir nicht auch noch mit einer Wirtschaftsförderung unterstützen. Das will ich klar dokumentieren. Das gehört auch in die Richtlinien hinein, wenn wir schon da und dort keine Unterstützung bekommen um diese Wettbüros zu verhindern, wir als Stadt Wels klar uns dazu bekennen, definitiv schon genug in der Stadt zu haben bzw. diese auch nicht zu fördern.

Zu Karl Schönberger: Man kann die Welt in vielen Bereichen verbessern. Deutschkurse sind wichtig, bieten viele Unternehmen auch intern an. Sie fördern das über BFI, WIFI und andere Anbieter. Dass wir das mit der Wirtschaftsförderung verknüpfen, halte ich für ein bisschen übertrieben. Ansonsten hat es sich bewährt flexibel agieren zu können, viel zu diskutieren und Impulse zu setzen. Das möchte ich auch für die Zukunft mit diesem Beschluss vorantreiben.

Der Abänderungsantrag, wie oben angeführt, der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Fraktion)
4 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes
Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 30) und des Örtlichen
Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 5)
BZ-BauR-5009-2016

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.02.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (30. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (5. Änderung) beschließen.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
betreffend Bebauungsplan Nr. 116/F.1 (Stadtteil Pernau)
BZ-BauR-6013-2016

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.02.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 116/F.1 (Stadtteil Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Georg Parzmayr

16.)

Initiativantrag der FPÖ-, ÖVP-, SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Schaffung von Betreuungsplätzen im Rahmen
des Projektes „Sozialressort 2021“;
Resolution an die Oö. Landesregierung
Verf-015-I-14-2018

GR. Mag. Parzmayr: Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um eine Resolution an die Oö. Landesregierung mit einem Vier-Parteien-Antrag. Die Landesregierung wird mit dieser Resolution ersucht im Rahmen des Projektes „Sozialressort 2021“ die Stadt Wels bei der Schaffung von 400 dringend benötigten Betreuungsplätzen als Standort für eine Einrichtung zu berücksichtigen. Konkret geht es hier um die Unterbringung von Menschen mit Beeinträchtigung, die nicht nur ältere Personen betrifft sondern es herrscht ein überwiegender Bedarf in der Altersgruppe von

20 bis 60 Jahren. Hier gibt es ein gewisses Defizit, welches beglichen werden soll. Es ist besonders wichtig gerade für Personen in dieser Altersstruktur ein eigenes Heim zu finden, um zu vermeiden, dass sie sich völlig zurückziehen und soziale Kontakte meiden. Eine Unterbringung im Zentralraum bietet die besten Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten. Bitte um Diskussion und Zustimmung.

GR. Hufnagl: Dieser Initiativantrag wurde von der FPÖ-, ÖVP-, SPÖ- und GRÜNE-Fraktion unterfertigt. Wenn wir NEOS gefragt worden wären, hätten wir natürlich auch gerne mitgemacht. Wir unterstützen diesen Initiativantrag.

Der Initiativantrag (Anlage 18) der FPÖ-, ÖVP-, SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

17.)

Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes
(gem. § 39 Abs. 3 StW 1992, Novelle 34/2014)
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
StRH-110-2018

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss vom 05.02.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge den beigefügten Tätigkeitsbericht 2017 des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen.

GR. Mag. Teubl: In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kontrollausschusses darf ich den Tätigkeitsbericht des Stadtrechnungshofes für das Kalenderjahr 2017 präsentieren. Zunächst möchte ich meinen Dank richten an die Mitglieder des Kontrollausschusses, die in oft sehr langen und engagierten Diskussionen die Kontrollberichte genehmigten. Vor allem aber natürlich meinen Dank an die Bediensteten des Stadtrechnungshofes, allen voran Frau Mag. Hofer als dessen Leiterin: Ein herzliches Dankeschön für ihre unermüdliche Arbeit im Auftrag einer Kontrolle der Tätigkeit der Stadt Wels. Aber nicht nur der Stadt Wels sondern auch inzwischen von Institutionen und Unternehmungen, in denen die Stadt Wels eine mehrheitliche Beteiligung hat. Ein ganz wichtiger Fortschritt, der erzielt werden konnte und bereits zu entsprechenden Untersuchungen führte.

Neu ist auch, dass es die Instrumente des Nachfrageverfahrens und der Follow-Up-Prüfung gibt. D.h. es wird in Hinkunft sehr genau darauf geschaut, dass Empfehlungen des Stadtrechnungshofes nicht irgendwo in einer Schreibtischschublade landen sondern

dass sie auch tatsächlich umgesetzt werden. Nach einer gewissen Zeit wird das einer Überprüfung unterzogen, sodass sichergestellt werden kann, dass diese Kontrolltätigkeit nicht sinnlos war.

Es gibt inzwischen auch Prüfaufträge, welche die Beteiligungen der Stadt Wels betreffen. Das betraf z.B. im vorigen Jahr das Welios, wo eine Kassensystemprüfung stattfand, oder die Wels Marketing & Touristik GmbH, wo die Organisation und Gebarung des Filmfestivals überprüft wurde. Und das über mehrere Jahre hinweg.

Eine relativ neue Angelegenheit ist auch - im letzten Jahr war dies das erste Mal der Fall -, dass die Aufträge zu Überprüfungen nicht nur vom Herrn Bürgermeister oder vom Gemeinderat stammen, sondern auch aus dem Kontrollausschuss direkt erfolgen. Dies war im letzten Jahr in zweierlei Hinsicht der Fall – einerseits wurde die Causa Eisenrauch untersucht, andererseits die Angelegenheit der Entschädigungen der Mitglieder des Stadtsenates im Hinblick auf Zeitungsberichte bezüglich unerlaubter Nebentätigkeiten in Aufsichtsräten bzw. entsprechender Einnahmen.

Es hat natürlich auch die Welldorado-Affäre, die uns im vorigen Jahr sehr stark beschäftigte, im heurigen Jahr noch Spuren hinterlassen. Es wurde im heurigen Jahr eine Follow-Up-Prüfung gemacht und die Kassen des Welldorado und der Kunsteisbahn einer Überprüfung unterzogen. Wir sind sehr froh, dass es hier doch deutliche Verbesserungen gab.

Wenn ich vielleicht noch ein paar Themen, die unseren Kontrollausschuss beschäftigt haben, nennen darf, dann ist hier zu erwähnen, dass auch die Da Vinci Akademie einer Überprüfung unterzogen wurde. Also eine Institution, die aufgrund der von der Stadt gewährten hohen Subventionen einer entsprechenden Überprüfungspflicht unterliegt.

Natürlich wurde auch der Rechnungsabschluss 2016 im Stadtrechnungshof behandelt und im Kontrollausschuss der Prüfbericht diskutiert. Es gab Überprüfungen in der Organisationseinheit Schule, Sport und Zukunft, bei den Städtischen Jugendbüros. Es gab eine Überprüfung bezüglich der Verblisterung von Medikamenten in der Seniorenbetreuung. Es sind aufwendige Untersuchungen gemacht worden bezüglich der Entwicklung des Energieaufwandes im Bereich der Stadt Wels. Es gibt einen Follow-Up-Bericht zu einem Prüfungsbereich der Vorjahre. Es wurden schließlich, wie heute bereits erwähnt wurde, die Dst. Feuerwehrverwaltung und die Freiwillige Feuerwehr einer sehr eingehenden Überprüfung unterzogen. Derzeit besteht ein Auftrag des Kontrollausschusses auf Prüfung der vertraglichen Verhältnisse zwischen der Stadt Wels, der eww ag und der Linie Wels.

Das waren nun ein paar Themen, die ich aus dem Tätigkeitsbericht nennen wollte. Der Tätigkeitsbericht selbst wurde öffentlich gemacht. Er steht allen Welsern zur Verfügung, sodass einsehbar ist, dass es eine Kontrolltätigkeit gibt, die doch erheblich dazu beiträgt, die Sorgfalt bei der Verwendung der Gelder im Bereich des Magistrates der Stadt Wels entsprechend hoch ist und die Dienstanweisungen in allen Belangen eingehalten werden. Damit stelle ich diesen Tätigkeitsbericht zur Diskussion und zur Kenntnisnahme durch den Gemeinderat.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Vor diesem Gremium möchte ich mich sehr herzlich bei Frau Mag. Manuela Hofer bedanken. Liebe Manuela, eine herausragende Arbeit – danke für deinen Einsatz! Ich ersuche diesen Dank auch deinem Team weiterzugeben. Sie mögen weiter über die Geschicke dieser Stadt wachen und kontrollieren, dass alles seine Ordnung hat und kritische Anmerkungen an dieses Gremium weitergeben.

GR. Schönberger: Namens der SPÖ-Fraktion ein Dank an das Team des Stadtrechnungshofes für die geleistete akribische und genaue Arbeit. Danke auch an Mag. Walter Teubl für die hervorragende Vorsitzführung des Kontrollausschusses.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird

einstimmig zur Kenntnis genommen.

18.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend das absolute Rauchverbot in der Gastronomie;
Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-11-2018

GR. Mag. Teubl: Diese von uns eingebrachte Resolution soll das laufende Nichtrauchervolksbegehren unterstützen. Ich will sie nicht damit langweilen und aufzählen, welche Krankheiten durch Rauchen verursacht werden oder wie es um die Lebenserwartung von Rauchern bestellt ist. Ich möchte ihnen eine Geschichte über einen jungen Mann erzählen, der verhältnismäßig spät - mit 21 Jahren - zu rauchen begann. Dann aber richtig loslegte mit zuerst einem und dann zwei Päckchen Zigaretten am Tag. Gut 20 Jahre später erlebte er das böse Erwachen. Mit 42 Jahre wurde er in der Blüte seines Lebens mit einer Krebsdiagnose konfrontiert. Ein Tumor hatte sich gebildet und das Rauchen hatte ihn vorzeitig mit seiner Sterblichkeit konfrontiert.

Dieser junge Mann war ich. Dass ich auf der Stelle mit dem Rauchen aufhörte, versteht sich von selbst. Nach mehreren Operationen kehrte der Tumor nicht wieder, das war ein Glücksfall. So bin ich seither ein erbitterter Gegner der Verharmlosung des Rauchens, wie sie mir gerade in der aktuellen Diskussion immer wieder begegnet. Aber ich bin auch ein freiheitsliebender Mensch und so möchte ich keinesfalls anderen verbieten zu rauchen, auch wenn sie damit zweifelsohne ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Darum geht es auch überhaupt nicht. Es geht nicht um die Freiheit des einzelnen Rauchers, sondern dass Nichtraucher davor geschützt werden müssen ohne eigenes Zutun an den Folgen des Nikotinkonsums anderer zu erkranken. Das betrifft in erster Linie das Personal in den Gastronomiebetrieben, welches Tag für Tag hohen Konzentrationen von Schadstoffen ausgesetzt ist. Das gilt aber auch für die nichtrauchenden Gäste in der Gastronomie, die selbst bei abgetrennten Rauchbereichen nicht ganz vom blauen Dunst verschont bleiben. In der Realität haben zwar die Mehrzahl der Wirte Abtrennungen errichtet und dafür sehr hohe Investitionen getätigt, aber im

Endeffekt werden die Türen offen gelassen bzw. werden selbst automatisch außer Betrieb gesetzt, um bequemer servieren zu können.

Einer aktuellen Studie zufolge verstoßen mehr als 90 % der Gastronomiebetriebe gegen das Tabakgesetz, weshalb die Feinstaubbelastung auch im Nichtraucherbereich viel zu hoch ist, um eine Gesundheitsgefährdung der Gäste auszuschließen. Selbst den Rauchern würde es helfen, wenn das Rauchverbot in der Gastronomie kommt, weil sie dann nicht ganz automatisch Zigarette um Zigarette konsumieren würden, sondern den Tabakkonsum etwas einschränken würden, wenn sie zum Rauchen vor die Tür gehen müssen.

Viele Wirte stellen jetzt deshalb sogar freiwillig auf rauchfrei um. Das ist sehr lobenswert. Viele andere würden gerne rauchfrei werden, fürchten aber Umsatzeinbußen. Diesen würde es helfen, wenn ein allgemeines Rauchverbot in der Gastronomie verordnet werden würde, wie es in den meisten zivilisierten Ländern längst der Fall ist. Dadurch würden für alle Gastronomiebetriebe gleiche Bedingungen herrschen. In Österreich hätte ein solches Rauchverbot ja demnächst in Kraft gesetzt werden sollen. FPÖ und ÖVP wollen diese Regelung aber jetzt kippen. Das zu einem Zeitpunkt, wo ein höchst erfolgreiches Volksbegehren zur Beibehaltung des geplanten Rauchverbots angelaufen ist.

Besonders empörte mich die freiheitliche Gesundheitsministerin Mag. Beate Hartinger-Klein. Sie entblödet sich doch nicht das auch noch mit einer unglaublichen Begründung zu rechtfertigen. Ich zitiere wörtlich: „Wirte gewähren ihren Mitmenschen für eine gewisse Zeit Unterschlupf. Sie unterstützen die Gäste bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse, geben ihnen Schutz, zu essen und zu trinken. Der Gastgeber maßregelt seine Gäste nicht, wenn sie kleinere Schwächen haben. Die letzte Regierung aber hat den Wirten ihre Gastfreundlichkeit verboten. Und weil man wusste, wie grauslich das ist, hat man eine Übergangsfrist beschlossen.“ Das war kein Auftritt beim Villacher Fasching, sondern ein Ausschnitt aus der Rede der Gesundheitsministerin in der Parlamentsdebatte. Diese Frau meint das ernst und so etwas ist Gesundheitsministerin? Das ist grauslich! Man kann es nicht oft genug sagen. Sowohl aus der Sicht des Nichtraucherschutzes als auch im Sinne des Arbeitnehmerinnenschutzes ist es unbedingt angezeigt an einem absoluten Rauchverbot in der Gastronomie festzuhalten.

Wenn die neue Bundesregierung von diesem Beschluss tatsächlich wieder abrückt, gefährdet sie Menschenleben. Das muss uns und der Bundesregierung bewusst sein. Lungenkrebsexperten nennen die Pläne der neuen Bundesregierung vom absoluten Rauchverbot Abstand zu nehmen zu Recht Wahnsinn. Interessensvertretungen, wie die Ärztekammer, aber auch viele Wirte treten für ein solches absolutes Rauchverbot ein. Mit Stichtag 01.03.2018 haben fast 450.000 Menschen - inzwischen sind es schon eine halbe Million – die Unterstützungserklärung für das Volksbegehren unterschrieben. Dieses Volksbegehren hat damit schon in der Einleitungsphase die 100.000-Stimmen-Marke deutlich überschritten. Damit dürfte es eines der erfolgreichsten in der Geschichte der zweiten Republik werden.

In so einer Situation das Rauchverbot wieder zu kippen, zeugt nicht nur von einer unglaublichen Ignoranz der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung gegenüber, sondern es zeigt auch, dass dieser Regierung entgegen anderslautenden Beteuerungen die direkte Demokratie egal ist. Wir GRÜNE legen hiermit eine Resolution an die

Bundesregierung vor, in der diese aufgefordert wird an der bereits beschlossenen Regelung festzuhalten. Zeigen sie, liebe Kollegen, dass ihnen die gesundheitliche Gefährdung des Gastronomiepersonals und der nichtrauchenden Gäste ebenso wichtig ist wie die direkte Demokratie. Ich ersuche sie deshalb um Unterstützung dieses Antrages.

GR. Mag. Parzmayr: Ich will mich jetzt nicht auf eine Debatte einlassen, ob dieses Rauchverbot gut ist oder nicht. Es gibt das Instrument der direkten Demokratie in Form des Volksbegehrens. Wir als Freiheitliche unterstützen, dass solche derartige Instrumente auch von der Bevölkerung genutzt werden. Ich sehe es aber jetzt nicht als die Aufgabe des Welser Gemeinderates irgendjemanden aufzufordern dieses Volksbegehren zu unterstützen oder aber auch dem Ergebnis dieses Volksbegehrens vorzugreifen.

Wenn dieses Volksbegehren eine entsprechende Anzahl an Unterschriften - dieses Volksbegehren hat in der Einleitungsphase schon über 100.000 - erreicht, dann haben wir Freiheitlichen uns auf Bundesebene immer dafür eingesetzt, dass es nicht nur zu einer Behandlung im Nationalrat kommt, sondern dass es ab einer gewissen Anzahl auch verpflichtend zu einer Volksabstimmung kommt. Wo diese Zahl festgelegt wird, ist noch nicht ganz klar, bin aber gespannt auf die entsprechende Diskussion im Nationalrat. Bis dato wurden die Vorschläge der FPÖ-Fraktion immer wieder abgelehnt. Vielleicht ist es ja diesmal anders. Ich sehe es aber nicht als Aufgabe des Welser Gemeinderates sich über Volksbegehren oder deren mögliches Ergebnis hinwegzusetzen.

Wer weiß, welches Volksbegehren als nächstes auf uns zukommt und ich möchte keinen Antrag vorliegen haben, der sich gegen ein derartiges Ergebnis ausspricht. Zusammenfassend respektieren wir natürlich den Willen des Volkes und sind gespannt was dieses Instrument der direkten Demokratie bringt. Bei diesem Antrag werden wir uns aber der Stimme enthalten.

GR. Wiesinger: Ich sehe es ähnlich wie Kollege Mag. Parzmayr. Herr Mag. Teubl, ich lobe sie jetzt schon zum zweiten Mal. Sie haben nur zwei Mal das Wort Volksbegehren in den Mund genommen, aber in Wirklichkeit geht es in diesem Antrag darum. In meiner Wortmeldung nehme ich das Frauenvolksbegehren gleich mit. Grundsätzlich kann über Inhalte diskutiert werden und bei ihrem Antrag habe ich sicher eine andere Meinung als die Bundespartei. Es geht um den grundsätzlichen Zugang zum Ganzen. Wollen wir jedes Volksbegehren, welches in Österreich eingeleitet wird, in den Gemeinderat bringen und stimmen wir 36 Gemeinderäte über etwas ab, über das eigentlich die Bürger abstimmen sollten?

Das Volksbegehren ist die einzige Möglichkeit eines einfachen Bürgers die Bundesregierung dazu aufzufordern ein Gesetz einzuleiten. Das heißt, es ist die einzige Möglichkeit, weil es ein Volksbegehren nicht auf Gemeinde- oder Landtagsebene gibt, sondern nur auf Bundesebene. Ich sehe es kritisch sich als Gemeinderat über diese Möglichkeit des Bürgers hinwegzusetzen. Das würde heißen, der Gemeinderat spricht sich über das in der Resolution Angeführte aus - das will ich nicht. Jeder Bürger ist mündig abzustimmen. Sehen wir was dabei rauskommt.

Es gibt dazu klare Gesetzesregelungen. Ab 100.000 Unterschriften muss es behandelt werden. Dieses Volksbegehren zielt auf eine Volksabstimmung ab und läuft noch bis

04.04.2018. Ich gehe davon aus, dass es eines der erfolgreichsten werden wird. Aber wollen wir uns über ein Volksbegehren stellen? Ich will es nicht und wir werden uns deshalb der Stimme enthalten. Es kann jeder selbst für dieses Volksbegehren unterschreiben. Wir wollen nicht, dass die Volksbegehren in den Gemeinderat getragen und als Resolution befürwortet werden.

GR. Hufnagl: Ich sehe etwas anders als du, Markus! Wir verfassen im Gemeinderat sehr oft irgendwelche wichtige und weniger wichtige Resolutionen. In diesem Fall aber geht es um Leben oder Tod; es geht wirklich um das Leben von Menschen. Hier finde ich eine Resolution schon angebracht.

Generell möchte ich zum Rauchverbot in der Gastronomie anmerken: Die Bundesregierung darf die Wünsche der Bürger nicht mehr länger ignorieren. Genau das passiert jetzt. Ca. 70 % der Bevölkerung ist dafür dieses geplante Rauchverbot einzuführen. Wir wissen das aus verschiedenen Umfragen, bei einer Schwankungsbreite von ca. 4 – 5 %. Inzwischen haben mehr als 475.000 Österreicher trotz aller Computerhindernisse beim Don't smoke-Volksbegehren unterschrieben. Wir NEOS werden aufgrund dieser Tatsachen in der nächsten Nationalratssitzung Ende März einen Antrag auf Volksabstimmung über ein Rauchverbot in der Gastronomie beantragen. Wir fordern alle auf eine Entscheidung auf Seiten des Nichtraucherschutzes zu fällen. Jede halbwegs seriöse Studie sagt, dass Passivrauchen extrem schädlich ist. Jeder von ihnen weiß wie es ist, in einen Raum zu kommen, in dem vorher geraucht wurde und wird. Alle kennen diesen gelblich braunen Belag, der sich an den Wänden und der Decke absetzt. Und alle wissen, dass Rauchen einfach schädlich ist, außer die Frau Gesundheitsminister, die das anscheinend noch nicht gehört hat und der es anscheinend egal ist, dass am Tag zwei bis drei Menschen in Österreich am Passivrauchen sterben. Studien belegen auch das.

Ich sehe es so wie Mag. Teubl, dass jeder rauchen kann, wie er will, essen, trinken kann, was er möchte etc. Das heißt, ich bin hier sehr auf Seiten der Freiheit. Für mich hört die persönliche Freiheit dort auf, wo andere dadurch geschädigt werden. In solchen Fällen muss der Staat einschreiten und die Nichtraucher vor den Rauchern schützen. Es geht nicht um die Menschen, die es sich aussuchen können, ob sie ein Lokal besuchen oder nicht. Es geht um die Menschen, die in solchen Lokalen z.B. arbeiten müssen. Diese gehören geschützt.

Ich komme sehr viel in Europa, in der Welt herum und sehe wie es in Italien, Irland oder im Norden funktioniert. Warum funktioniert es in Österreich angeblich nicht? In Irland ist es sicher nicht wärmer als bei uns und trotzdem gehen die Menschen zum Rauchen vor das Lokal. Interessanter Weise sind die dortigen Lokale deswegen aber auch nicht leer. Was in diesen Ländern funktioniert, muss auch in Österreich funktionieren. Nur wir diskutieren jetzt über etwas, was wir eigentlich schon geglaubt haben in der vorigen Legislaturperiode beschlossen zu haben. Besonders schade finde ich, dass im Parlament Clubzwang herrscht und dass Abgeordnete hauptsächlich von der ÖVP und der FPÖ bei irgendetwas mitstimmen müssen, das sie persönlich nicht befürworten. Wir wissen, viele der jetzigen Abgeordneten saßen auch damals schon im Parlament, als sie für das Rauchverbot stimmten. Wir NEOS sind auf Seiten der Evidenz, der Logik, der Arbeitnehmer, der Ärzte und auf jeden Fall auf der Seite der Gesundheit der Österreicher und werden natürlich den Antrag der GRÜNEN unterstützen.

GR. Mag. Teubl: Danke für die engagierte Diskussion! Kollege Hufnagl wies sehr richtig darauf hin, dass sich international das Rauchverbot in der Gastronomie längst durchsetzte. Österreich hat einen anderen Weg des Nichtraucher-schutzes beschlossen mit dem bestehenden Gesetz. Ich denke, wir müssen einsehen und akzeptieren, dass dieser Weg der falsche war. Es hat nicht funktioniert. Ich brauche nur hier ins Cafe gehen und sehe, es funktioniert nicht. Sogar hier in einem öffentlichen Gebäude wird geraucht, wo es laut Rauchergesetz auf jeden Fall verboten wäre. In der Gastronomie funktioniert es fast nirgends, dass dieser doch sehr kostspielige Weg, den viele Wirte gehen mussten, um Abtrennungen zu schaffen, tatsächlich zu einem 100%-igen Schutz führt. Das ist leider eine Realität in Österreich.

Es ist notwendig den Weg anderer Länder zu gehen und dieses absolute Rauchverbot auch in Österreich einzuführen. Ich denke, es wird auch kommen. Vielleicht wird das nicht gleich der Fall sein und es wird noch hin und her diskutiert, aber letztlich werden wir dort landen. Ich glaube so viel prophezeien zu können, dass wir nächstes Jahr diese Regelung haben werden.

Zu dieser Diskussion möchte ich zu den Argumenten sagen, dass es in diesem Antrag nicht um die Unterstützung eines Volksbegehrens geht, sondern die Formulierung ist ganz klar: „Der Gemeinderat der Stadt Wels ersucht die Bundesregierung, an dem bereits im Jahr 2015 beschlossenen absoluten Rauchverbot in der Gastronomie ab Mai 2018 festzuhalten.“ Das ist eine ganz klare Aufforderung und diese Aufforderung kann ein politisches Gremium sehr wohl tragen, wenn es dafür eine Mehrheit gibt. Ich sehe keinerlei Widerspruch zum parallel laufenden Volksbegehren.

Ich hätte mir auch die Möglichkeit gewünscht hier ohne Fraktionszwang abzustimmen. Der Welser Gemeinderat soll die Möglichkeit haben, so wie die GRÜNEN Gemeinderäte, ohne Clubzwang zu einem Vorhaben seine Meinung abzugeben. Vielleicht ist es noch möglich, jeder soll seinem Gewissen nach seine Abstimmung vornehmen. Ich möchte hier nicht mit Geschäftsordnungsanträgen kommen, weil das eine große Hinauszögerung bedeutet. Ich würde mir wünschen zu sehen, wie die Stimmung hier wirklich ist und ich bin mir sicher, es würde eine Mehrheit dafür geben.

Der Initiativantrag (Anlage 20) zu Punkt 18. der Tagesordnung wird mit

gegen	<u>14 Ja-Stimmen</u> (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion, NEOS, GR. Zaunmüller)
	<u>18 Stimmenthaltungen</u> (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
	<u>abgelehnt.</u>

GR. Wildfellner verließ um 18.40 Uhr und GR. Dr. Csar verließ um 19.00 Uhr die Sitzung.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend „Gemeinden für das Frauenvolksbegehren 2.0“;
Resolution an den OÖ. Landtag, Nationalrat und Bundesregierung
Verf-015-I-10-2018

GR. MMag. Rumersdorfer:

„Es ist Zeit
Wir erheben unsere Stimmen!
Für unsere Großmütter und Mütter.
Für uns.
Für unsere Kinder und Enkelkinder.
Für alle, die nach uns kommen.
Wir sind stark.
Wir fordern gleiche Chancen für alle Menschen.
Ungeachtet von Status, Bekenntnis und Herkunft.
Unabhängig von Beeinträchtigungen.
Solidarisch mit jenen, die Diskriminierungen
und Mehrfachdiskriminierungen erfahren.
Wir halten zusammen.
Es ist Zeit, sich zu lösen.
Wir wollen frei entscheiden, wie wir leben.
Selbstbestimmt wählen, wen wir lieben.
Ohne Geschlechterrollen und Klischees.
Gelöst von gesellschaftlichen Normen.
Für eine Welt voller Vielfalt.
Es ist Zeit, zu kämpfen.
Wir fordern Sichtbarkeit und Mitsprache.
Für alle Bevölkerungsgruppen.
In Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.
In allen Bereichen des Lebens.
Für echte Gleichstellung.
Es ist Zeit, zu handeln.
Wir begehren Veränderung
In Österreich und überall sonst auf der Welt.
Heute für morgen.
Einfach und klar.
Wir sind in Bewegung.“

Diese Worte stammen aus der Präambel zum Frauenvolksbegehren, welches seit 12. Februar bereits über 2.000 Stimmen gesammelt hat. Eigentlich sollte es überflüssig sein diesen Antrag hier einzubringen und um Unterstützung für das Frauenvolksbegehren zu werben. Eigentlich müsste es im 21. Jahrhundert selbstverständlich sein, dass sich

Frauen und Männer für eine gerechtere und vor allem gleichwertigere Gesellschaft einsetzen und Frauen die gleichen Chancen einräumen, wie Männer sie haben. Eigentlich müssten alle dieses Frauenvolksbegehren unterschreiben, denn alleine 52 % der Bevölkerung, das heißt, mehr als die Hälfte sind Frauen und viele haben Töchter, Schwestern, aber zumindest eine Mutter. Eigentlich sollte Frauenpolitik kein Mischthema sein, denn all diese Frauen verdienen es gehört zu werden.

Es geht nicht nur um die Frauen, sondern um ein generell besseres Zusammenleben zwischen den Geschlechtern. Je fairer und gleichwertiger eine Gesellschaft ist, desto höher ist die Zufriedenheit und in weiterer Folge die Leistungsfähigkeit der Menschen für die Wirtschaft. Zahlen sind bekanntlich immer das Wichtigste. Leider ist das eigentlich nur eine Wunschvorstellung. Die gesamte schwarz-blaue Bundesregierung kündigte an das Frauenvolksbegehren nicht zu unterschreiben - nicht einmal die Frauenministerin. Warum bin ich Frauenministerin, wenn ich für keine gerechte Arbeitswelt, für kein Recht und keine Wertschätzung für Frauen bin? Aber nicht nur in der Bundesregierung gibt es solche Politikerinnen, auch in Oberösterreich haben wir Beispiele dafür.

20 Jahre ist es her, dass fast 650.000 Menschen das erste Frauenvolksbegehren unterschrieben haben und sich damit für die Gleichstellung von Frauen und Männern stark gemacht haben. Leider wurden nur zwei dieser elf Forderungen umgesetzt. Probleme, wie die ökonomische Abhängigkeit von Frauen bestehen weiterhin. Das Frauenvolksbegehren 2.0 setzt sich nun zum Ziel erneut die Stimme zu erheben und die Gleichwertigkeit von Männern und Frauen auf allen Ebenen einzufordern, denn nur das ist gerecht. Für echte Gleichberechtigung, echte Gleichwertigkeit, echte Fairness und echte Chancengleichheit - nicht nur am Papier.

Es bildete sich in Wels ein überparteiliches Team, welches das Frauenvolksbegehren unterstützt. Dazu wurden auch immer die Kollegen der FPÖ und ÖVP zur Mitarbeit eingeladen, aber leider kam keine Rückmeldung. Vielleicht können die Kollegen der Fraktionen, die gegen dieses Volksbegehren sind, mir erklären, wieso man dagegen ist, dass Frauen ein sozial sicheres und ökonomisch unabhängiges Leben führen können und man damit Einkommenstransparenz und Gerechtigkeit unterstützt? Wieso ist man dagegen, dass Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, auch in entsprechender Quote an den Entscheidungshebeln der Macht sitzen?

Stellen sie sich vor hier im Gemeinderat wären 52 % Frauen - ein tatsächliches Abbild der Wählerschaft - vertreten. Übrigens haben Frauen nur knapp 16 % aller Positionen inne, die mit einer Prokura ausgestattet sind. Knapp 7 % sind in Geschäftsführungs- und knapp 18 % in Aufsichtsratsposten. Also weit weg von 52 %. Wieso ist man dagegen, dass Frauen und Männer gleich verdienen? Österreich hat nach wie vor einen der höchsten Einkommensunterschiede in der Europäischen Union. In Wels beträgt der Einkommensunterschied laut Frauenbericht bei Vollzeitbeschäftigung sogar 25 %. Somit verdient eine vollbeschäftigte Frau in Oberösterreich im Schnitt 12.770 Euro weniger im Jahr als ein Mann.

Frauen leisten nach wie vor zwei Drittel der unbezahlten Versorgungsarbeit, wie Haushalt und Pflege, und nehmen das laut Frauenbericht als schwere Doppelbelastung wahr. In einem Bericht der Statistik Austria zum Internationalen Frauentag am 08. März ist festgehalten, dass der Unterschied vom Bruttojahreseinkommen 38 % zwischen Frauen und Männern beträgt. Die Frauenerwerbsbeteiligung ist bei der Teilzeitarbeit gestiegen

und seit zehn Jahren ist die Vollzeitarbeitszeit bei Frauen fast unverändert. Die Gründe liegen auf der Hand. Frauen geben zu 37,5 % an, dass sie wegen Betreuungspflichten der Kinder und pflegebedürftiger Erwachsener nicht in Vollzeit arbeiten gehen können, auch wenn sie das möchten. Mütter mit Kindern unter 15 Jahren sind zu 50 % teilzeitbeschäftigt, wohingegen Väter mit Kindern unter 15 Jahren nur zu 6 % teilzeitbeschäftigt sind und 85 % in Vollzeitbeschäftigung.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand. 38 % Einkommensunterschiede bei Einberechnung von Vollzeit und Teilzeit, bei Vollzeit sind es 16 %. Der Gender Pay Gap beträgt in Österreich 20 % und liegt somit über dem EU-Durchschnitt mit 16,2 %. Damit ist ein hohes Armutsrisiko verbunden. Ein-Eltern-Haushalte, meisten bestehend aus Mutter mit Kindern, haben mit 30 % das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen. Diese Zahlen dürfen wir nicht von der Hand weisen, sie wurden erst vor einigen Stunden veröffentlicht. Es ist Realität und mit ein Grund, warum das Frauenvolksbegehren umso mehr unterstützt werden muss. Darüber hinaus ist es unser aller Aufgabe Frauen über das sogenannte Pensionssplitting aufzuklären, damit sie wissen was ihre Rechte sind.

Wieso ist man dagegen, dass Frauen eine echte Wahl haben wann sie nach der Geburt ihrer Kinder wieder arbeiten gehen möchten und für wie lange? Mit der eingeführten Kindergartenstrafsteuer, wo in Gemeinden Kindergartennachmittagsgruppen zusperren müssen, geht man hier sicher nicht in die richtige Richtung. Als Konsequenz müssen Frauen ihre Arbeitsstunden reduzieren, damit sie ihre Kinder früher abholen können, weil nach dem Mittagessen keine Betreuung mehr angeboten wird oder sie das Kind zeitgerecht in einer anderen Gemeinde abholen müssen.

Ich verstehe es einfach nicht, warum man gegen all diese Punkte ist. Um mehr geht es in Wirklichkeit nicht! Wir müssen uns klar darüber sein, dass wir uns hier solidarisch zeigen mit all den Frauen, die Diskriminierungen oder sogar mehrmals Diskriminierungen ausgesetzt sind, denn wir sind die Elite, sitzen an den Hebeln der Macht und wir entscheiden, welche Rahmenbedingungen Frauen und Männer in einer Gemeinde vorfinden. Wir sind dafür verantwortlich, dass Gleichwertigkeit Realität wird. Es gäbe noch viele offene Fragen aufgrund eines Weltbildes, in dem ich eine gerechte und gleichwertige Welt für mich und in weiterer Zukunft für meine Töchter, für alle Frauen Österreichs möchte. Ich verstehe nicht, warum man uns bei diesen Forderungen nicht unterstützen möchte, freue mich aber auf ihre Antworten und wenn sie mich überraschen, auf ihre Zustimmung.

Lassen sie uns Frauenpolitik wieder in den Mittelpunkt rücken. Bei unserem Antrag geht es um eine Resolution, um ein starkes Zeichen von Wels auszusenden und darüber hinaus würde die Stadt Wels die Forderungen des Frauenvolksbegehrens im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich unterstützen. Ich weiß, mit dem Frauenbudget ist das immer so ein Thema. Abschließen möchte ich mit einem Zitat von Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs im Jahr 1990, die tatsächlich eine echte Frauenministerin war und sagte: „Ich denke es ist Zeit daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine „weibliche Zukunft“. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“ Danke.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Parzmayr: Keiner – soweit ich weiß – ist per se gegen ein Volksbegehren und auch nicht gegen dieses. Mir persönlich ist es nicht wichtig, ob meine Fraktion das unterstützt. Das überlasse ich jedem einzelnen selbst. Deshalb sehe ich es auch für nicht notwendig, dass der Gemeinderat irgendjemanden erklären soll oder der Bevölkerung empfehlen soll, irgendetwas zu unterschreiben oder nicht zu unterschreiben. Das muss jeder für sich selbst entscheiden, jeder für sich selbst wissen.

GR. Scheinecker: Ich habe mir schon beim Thema Rauchverbot in der Gastronomie überlegt mich zum Thema Volksbegehren und welche Resolutionen brauchen wir zu Wort zu melden. Mir ist in der Interpretation keine Schiefelage aufgefallen, denn Volksbegehren heißt nichts anderes, als dass sich die Bevölkerung wünscht, dass die Politik - in diesem Fall der Nationalrat - ein Thema diskutiert, welches dann im Nationalrat behandelt wird.

Wir sind Multiplikatoren, wir sind in unseren Parteien engagiert und kennen die Nationalräte. Wenn ich sehe, wie viele Unterschriften für dieses Volksbegehren geleistet wurden, dann ist das ein Auftrag an die Politik diese Agenden zu diskutieren und Stellung dazu zu beziehen. Gerade beim Frauenvolksbegehren finde ich die Diskussionen sehr spannend. Ich war beim Oö. Frauenvolksbegehren-Treffen als Aktivistin und habe die Aussage der Vertreterin der NEOS sehr spannend gefunden, die nicht jede in diesem Volksbegehren enthaltene Forderung super findet und sich an der 30-Stunden-Forderung stößt.

Lieber Markus, ich weiß, wir führten 2015 eine lustige Quotendiskussion. Nichts desto trotz gibt es frauenpolitische Problemfelder, die wir alle nicht von der Hand weisen können. Fällt der Equal-Pay-Day nicht auf den 31. Dezember, haben wir damit ein Problem. Frauen verdienen weniger als Männer und Aufsichtsräte sind überdurchschnittlich von Männern besetzt. Ich kann diskutieren, ob hier eine Quote die richtige Lösung ist oder eine 30-Stunden-Forderung.

Bei diesem Frauenvolksbegehren muss ich nicht jede einzelne Forderung mit Punkt und Beistrich unterstützen. Ich kann beispielsweise für mich drei wichtige Themen darin finden und daher wollen, dass dieses Thema, dieses Volksbegehren im Nationalrat behandelt wird. Ich bin als Gemeinderätin dafür, weil auch in Wels Altersarmut bei Frauen, Gender-pay-gap, Kinderbetreuung Themen sind, diese zu diskutieren, weil ein Handlungsbedarf besteht. Ob wir für diese Probleme andere Lösungen finden, kann die Diskussion im Nationalrat zeigen. Es ist ja keine Volksabstimmung sondern ein Volksbegehren und ich fände es wirklich wichtig und gut, wenn sich die Stadt Wels mit ihren frauenpolitischen Themen und Problemfeldern zu diesem Handlungsbedarf bekennt und den Wunsch der Bevölkerung soweit wahr nimmt, dass Frauenpolitik gemacht und diskutiert gehört.

GR. Hufnagl: Da stehe ich nun als Mann und unterstütze ein Frauenvolksbegehren. Für mich ist es wichtig wieder darüber zu reden. Das letzte Frauenvolksbegehren ist schon lange her und es ist eigentlich erschütternd, wie wenig seit dem passiert ist. Für mich ist erschreckend, dass Österreich immer noch unter den zwei Ländern in Europa liegt, wo die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen am weitesten auseinander geht. Für mich ist es erschreckend, dass es immer noch kein flächendeckendes Angebot an ganztägiger Kinderbetreuung gibt. Das sind Dinge, die eine Schande für unser Land sind.

Es gibt einige Punkte in diesem Frauenvolksbegehren, mit denen wir nicht ganz einverstanden sind, wie die 30-Stunden-Woche oder einige utopische, weltfremde Forderungen. Andererseits ist die Forderung nach gleichem Lohn für Männer und Frauen eine legitime Forderung und das gehört umgesetzt.

Unsere NEOS-Frauensprecherin Claudia Gamon sagte: „Feminismus muss mehr sein als Symptombekämpfung. Frauen sollen nicht zu Bittstellerinnen deklariert werden, sondern sie sollen Rahmenbedingungen vorfinden, damit sie gleichberechtigt am Arbeitsmarkt partizipieren können.“ Wie man zum Frauenvolksbegehren steht, ist eine persönliche Sache. Unterstützen, nicht unterstützen, auch wenn man nicht mit allen Forderungen einverstanden ist.

Ich bin der Meinung, es hätten einige Dinge in diesem Volksbegehren weggelassen werden und dadurch mehr Unterstützer bekommen können. Dadurch wurde ein bisschen eine Chance versäumt. Ich gehe für mich persönlich pragmatisch vor, habe mir die Forderungen angesehen und eine Strichliste dazu angefertigt. Nach mathematischer Vorgehensweise ist es für mich unterstützenswert, weil die Mehrzahl der Forderungen wichtig sind und vor allem nicht nur wieder darüber gesprochen wird, sondern etwas in Bewegung kommt, sich etwas ändert und wir kein Frauenvolksbegehren 3.0 brauchen.

Vzbgm. Huber: Ich möchte mich bei GR. MMag. Rumersdorfer, GR. Scheinecker und GR. Hufnagl für die Unterstützung des Frauenvolksbegehrens bedanken. Die Frauenreferentin der Stadt Wels unterstützt das Frauenvolksbegehren ganz sicher und wird weiterhin aktiv in diesem Team dabei sein, denn es gibt genug Forderungen, die einfach umgesetzt werden können. Es geht um eine neue Welle der Bewusstseinsbildung und wer den Frauenbericht der Stadt Wels kennt, der weiß, es gibt genug Handlungsempfehlungen, es gibt genug zu tun. Dazu braucht es die entsprechenden Mittel und für diese werden wir kämpfen. Auf alle Fälle gibt es für diesen Antrag die Zustimmung der Frauenreferentin.

Der Initiativantrag (Anlage 21) zu Punkt 19. der Tagesordnung wird mit

13 Ja-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)
gegen 19 Stimmenthaltungen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Wildfellner verließ um 18.40 Uhr und GR. Dr. Csar verließ um 19.00 Uhr die Sitzung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Übernahme der Dolmetscherkosten für Elterngespräche
in Welser Pflichtschulen
Verf-015-I-15-2018

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir führten über dieses Thema schon einmal eine Diskussion. Zu diesem Antrag hat mich der vorliegende Integrationsbericht bewogen und die folgerichtige Wortmeldung von Dr. Csar, dass diese Dolmetscherkurse wieder eingeführt werden müssen, weil sie uns fehlen. Daher ersuche ich um Diskussion und Beschlussfassung.

Vzbgm. Kroiß: Lieber Johnny! Dieser neuerliche Antrag zeigt, dass es dir nicht um das Thema Integration geht, denn du erwähnst dieses Interkulturelle Beratungsteam gar nicht mehr und stellst es somit auf eine Stufe, die es sich nicht verdient hat. Dieses Interkulturelle Beratungsteam wurde vom Landesschulrat ins Leben gerufen, um genau diese im Amtsbericht erwähnten Themen zu behandeln. Die Beratungen werden sehr rasch und unkompliziert abgewickelt und die Anforderungen gehen sehr einfach von statten.

Du möchtest wissentlich Geld der Stadt Wels ausgeben, was laut fachlicher Meinung gar nicht mehr erforderlich ist. Es gab nämlich am 12. Oktober 2010 eine Besprechung mit den Leitern der Welser Pflichtschulen zum Thema Dolmetscher und dabei wurde schriftlich in Form eines Aktenvermerkes festgehalten, dass die Abwicklung über das Interkulturelle Beratungsteam des Landesschulrates Oberösterreich sehr gut läuft und daher eine Übernahme der Dolmetscherkosten durch die Stadt Wels nicht erforderlich ist. Das heißt, es gibt ein gut funktionierendes System und warum soll jetzt die Stadt Wels Kosten für etwas übernehmen, was laut fachlicher Meinung nicht mehr erforderlich ist?

Wir sind uns durchaus der Verantwortung bewusst und wollen, dass die Kinder und die Eltern die bestmögliche Unterstützung erhalten, aber es gibt die Zuständigkeit des Landesschulrates, die Zuständigkeit der Stadt Wels und gemeinsam gibt es ein ausreichendes Angebot für diese Fälle. Wir werden daher diesen Antrag ablehnen.

GR. Wiesinger: Auch wir haben aufgrund dieses Antrages der SPÖ mit zahlreichen Schulleitern gesprochen. Die Situation hat sich in den letzten Jahren maßgeblich verändert. Du wirst in Gesprächen mit den Schulleitern die gleiche Antwort wie ich erhalten, dass der Bedarf an Dolmetschern anders wurde. Es werden viele Sprachen nicht mehr gebraucht und das System des Landesschulrates ist sehr einfach und wurde verbessert. Das heißt, die Dolmetscher kommen in die Schule und der ganze Papierkram wird im Nachhinein erledigt. Die Schulleiter sagten mir, es gibt keinen Bedarf an einer zusätzlichen Einrichtung und die Abwicklung ist für die Schulleitung in Ordnung.

Dass du über jede Wortmeldung in der Zeitung einen Antrag einbringst – vielleicht machen wir es bei anderen Themen - finde ich gut. Im konkreten Fall hat sich die Lage im Vergleich zu den letzten Jahren massiv verändert, d.h. verbessert. Wir sehen keine Veranlassung für den Aufbau eines Doppelsystems, dass die Stadt subventioniert und das Land das System aufrechterhält, deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Es ist wie die wundersame Fischvermehrung. Im ersten Punkt diskutierten wir noch, wie schwierig Elterngespräche sind und wie wenig sie bereit sind mitzumachen. Laut Rückmeldung der Direktoren und der Schulen stimmt es, dieses System funktioniert. Aber das Problem ist, es braucht eine längere Vorlaufzeit als das vorherige System, es wurde öfter über einen halben Tag abgewickelt. Dieses Interkulturelle Team ist in ganz Oberösterreich unterwegs und ist nicht immer sofort bei Kriseninterventionsfällen vor Ort. Sollte es stimmen, dass es nicht notwendig ist, würden diese 2.000 Euro nicht ausgegeben, weil sie nicht abgerufen werden.

Diskutiere ich heute darüber Möglichkeiten zu schaffen, damit der Kontakt und die Gesprächsfähigkeit bei Kriseninterventionen funktionieren, dann ist das ein zusätzliches Angebot. Es geht nicht darum ein Geld unbedingt ausgeben zu wollen, sondern eine Möglichkeit aufzuzeigen und zu geben, um bei Kriseninterventionen eine rasche Reaktion

in den verschiedenen Sprachen zu haben. Um nicht mehr oder weniger geht es in diesem Zusammenhang. Das war immer die Diskussion.

Für mich ist das der Beweis, es geht nicht darum Integration zu unterstützen, sondern man muss aufpassen den Menschen nicht Prügel vor die Füße zu werfen, wenn es darum geht sie zu unterstützen. Solche Gespräche werden oft kurzfristig benötigt und hier leistet das Kriseninterventionsteam gute Arbeit, hat mittlerweile eine größere Sprachauswahl, hat aber immer noch das Problem nicht so schnell reaktionsfähig zu sein.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

13 Ja-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)
gegen 19 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Wildfellner verließ um 18.40 Uhr und GR. Dr. Csar verließ um 19.00 Uhr die Sitzung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Unterstützung sozial bedürftiger Personen mit einer
einmaligen außerordentlichen Beihilfe von mindestens € 50,--
Verf-015-I-16-2018

GR. Ganzert: Dieser Dringlichkeitsantrag ist inhaltlich für den Welser Gemeinderat nichts Neues. Auch in der vergangenen Periode des Gemeinderates hat Bürgermeister Dr. Koits gemeinsam mit dem Finanzreferenten Hermann Wimmer einen Zuschuss an bedürftige Personen ausbezahlt.

Ich möchte an letzte Woche, an die ungewohnten kalten Wintertage mit bis zu minus 15 Grad erinnern. Nicht nur aufgrund dieser einzelnen sehr kalten Tage sondern aufgrund des Winters steigen die Heizkosten entsprechend, daher bitte ich die Sozialreferentin sehr herzlich zumindest 50 Euro als außerordentliche Beihilfe zur Verfügung zu stellen. Um das Ganze verwaltungstechnisch einfach abwickeln zu können, sollen wir uns am Heizungskostenzuschuss des Landes orientieren, damit für die Antragsteller kein weiteres Erscheinen am Magistrat der Stadt Wels notwendig ist.

GR. Wiesinger: Ich nehme die SPÖ beim Wort und es geht laut Kollegen StR. Reindl-Schwaighofer um die Nagelprobe. Letzte Woche war es sehr kalt und jeder wusste die Heizung muss aufgedreht werden. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik veröffentlichte Ende letzter Woche einen Bericht über die letzten drei Monate. Die Erkenntnis war, dass der Dezember etwas zu mild war. Der Jänner war der Drittwärmste seitdem es Messaufzeichnungen gibt und dann folgte der kalte Februar. Dieser zählte zu den Drittkältesten seit 32 Jahren. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass der jetzige Winter um 0,8 Grad wärmer sein wird als der Durchschnitt der letzten Jahre.

Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag ausführlich im zuständigen Ausschuss zu behandeln.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das war eine längere Sitzung, vielleicht sollten wir den Sitzungsbeginn auf 14.00 vorverlegen. Allerdings wird das für die Berufstätigen etwas schwieriger. Sehen wir, wie das in Zukunft wird. Danke – Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 14.05.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.